

BMW-Mittelstandsmonitor für EU-Vorhaben

I. Vorbemerkungen

Dieser vom BMWi gemeinsam mit der Wirtschaft erstellte Mittelstandsmonitor basiert, geordnet nach Politikfeldern, auf den Anhängen I bis III zum [Arbeitsprogramm der EU-KOM](#) für das Jahr 2018:

- [Anhang I](#) **Neue Initiativen** (angekündigtes Vorlagedatum *fett und kursiv*), darunter 11 längerfristig ausgerichtete Initiativen mit Blick auf die Frage, wie die neue EU 27 ihre Zukunft vor dem Zeithorizont 2025 gestalten wird.
- [Anhang II](#) **REFIT-Initiativen**¹ mit dem Ziel der Überprüfung geltender Rechtsvorschriften (angekündigtes Vorlagedatum *fett und kursiv*).
- [Anhang III](#) Von der KOM als **vorrangig erklärte Vorschläge**.

Nicht Gegenstand der Bewertung sind die Rücknahmen ([Anhang IV](#)) und geplanten Aufhebungen überholter Vorschriften ([Anhang V](#)). Diese finden Sie zur Information im [Anhang](#) dieser Liste.

Der Monitor spiegelt, als Ergebnis einer branchenübergreifend angelegten Abfrage, die allgemeine Mittelstandsrelevanz dieser Initiativen für die Mehrheit kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) wider. Das schließt nicht aus, dass rein branchenspezifische Vorhaben für einzelne, hierauf spezialisierte Unternehmen von höherer als in der Monitorliste angegeben Relevanz sein können. Die Vorhaben des Mittelstandsmonitors sind nach Themengebieten geordnet. Die Fundstelle in den Anhängen ist jeweils angegeben.

Die Bewertung und farbliche Kennzeichnung markieren die vermutliche **Mittelstandsrelevanz** dieser Vorhaben, eine darüber hinausgehende Bewertung ist damit nicht verbunden. Es bedeuten:

■ **Rot: KMU-relevant** ■ Gelb: Eventuell KMU-relevant ■ Grün: Eher nicht KMU-relevant

Die **Farbe Rot** soll Unternehmen, Verbände und politische Entscheidungsträger **ermutigen**, sich im Sinne einer mittelstandsfreundlichen Gestaltung europäischer Vorhaben **aktiv einzubringen**.

Abkürzungen: DEU = Deutschland, EP = Europäisches Parlament, KOM = EU-Kommission, MS = Mitgliedstaaten der EU; RL= Richtlinie, VO = Verordnung

Teilnehmende Wirtschaftsverbände:

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Bundesverband der Freien Berufe e.V. (BFB)
Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer e.V. (BDO)
Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA)
Deutscher Franchiseverband e.V.
Deutscher Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA)
Deutscher Reiseverband e.V. (DRV)
Die Familienunternehmer e.V.
Verband Schmierstoff-Industrie e.V. (VSI)

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR)
Bundesverband der Selbständigen e.V. (BDS)
Bundesverband E-Commerce und Versandhandel Deutschland e.V. (BEVH)
Der Mittelstandsverbund (ZGV)
Deutscher Heilbäderverband e.V. (DHV)
Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK)
Deutscher Sparkassen- und Giroverband (DSGV)
Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA)
Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V. (ZDH)

¹ [REFIT](#) ist das „Regulatory Fitness and Performance Programme“ im Rahmen der Agenda für bessere Rechtsetzung der KOM. Besonderes Augenmerk legt das Programm auf KMU, für die die Einhaltung der EU-Rechtsvorschriften unverhältnismäßig hohen Aufwand bedeuten kann.

II. Inhaltsverzeichnis *(Klicken Sie auf die Überschriften, um zu den jeweiligen Vorhaben zu gelangen)*

Beschäftigung, Soziales und Integration	6
Paket zu sozialer Gerechtigkeit – Sozialversicherung für Selbständige	6
Paket zu sozialer Gerechtigkeit – Pflicht des Arbeitgebers zur Unterrichtung des Arbeitnehmers	6
Paket zu sozialer Gerechtigkeit – Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige.....	6
Arbeitnehmer-Entsendung.....	7
Paket zu sozialer Gerechtigkeit – Einrichtung einer Europäischen Arbeitsmarktbehörde	7
Paket zu sozialer Gerechtigkeit – Europäische Sozialversicherungsnummer	7
Koordination der Systeme der sozialen Sicherheit	7
Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU.....	8
Definition von KMU – Bewertung und mögliche Überarbeitung	8
Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen	8
Rechtstreue-Paket – zentrales digitales Zugangstor	8
Rechtstreue-Paket – Auskunftsersuchen der KOM an Unternehmen.....	9
Rechtstreue-Paket – Stärkung der Wettbewerbsbehörden der MS	9
Dienstleistungspaket – Dienstleistungen im Binnenmarkt und Notifizierungsverfahren.....	9
Dienstleistungspaket – Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen	10
Dienstleistungspaket – Elektronische Europäische Dienstleistungskarte	10
Europaweites privates Altersvorsorgeprodukt (PEPP)	10
Steigerung der Effizienz der Binnenmarkt-Rechtsetzung	11
Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen.....	11
Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich.....	11
Änderungen an der Verordnung über europäische Marktinfrastrukturen	11
Digitaler Binnenmarkt.....	12
Digitale Verträge.....	12
Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation.....	12
Vollendung des digitalen Binnenmarkts.....	13
EU-Agentur für Cybersicherheit.....	13
Das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt	14
Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors	14
Freier Fluss nicht personenbezogener Daten.....	14
Vorschlag zur Vorbeugung ungerechtfertigten Geoblockings.....	15
Grenzüberschreitende Paketzustelldienste	15

Telekommunikationsreform	15
Modernisierung des audiovisuellen Rahmens	16
Das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte im Bereich des Rundfunks.....	16
Vorhaben ohne Relevanz für den Mittelstand.....	16
Energie und Klima	17
Paket „Saubere Energie für alle Europäer“	17
Klimapakets.....	18
Eine nachhaltige Zukunft Europas.....	18
Vollendung der Energieunion	19
Zukunft der Energie- und Klimapolitik der EU.....	19
Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion	19
Reform der Eigenmittelverordnung.....	19
Insolvenzrechtsrichtlinie	20
Vollendung der Bankenunion.....	20
Europäisches Einlagensicherungssystem	21
Vollendung der Kapitalmarktunion.....	22
Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion.....	23
Einführung des Amtes eines ständigen und rechenschaftspflichtigen europäischen Wirtschafts- und Finanzministers.....	23
Vorhaben ohne Relevanz für den Mittelstand.....	23
Gesundheit und Lebensmittelsicherheit	25
Lebensmittelversorgungskette in der EU	25
Handel und Investitionen	26
Umsetzung der Strategie „Handel für alle“	26
Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der EU	26
Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente.....	26
Internationales Instrument für die öffentliche Auftragsvergabe.....	27
Multilateraler Investitionsgerichtshof.....	27

Haushaltsplan	27
Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFSl) 2.0.....	27
Mehrjähriger Finanzrahmen für die Zeit nach 2020	28
Vorhaben ohne Relevanz für den Mittelstand.....	28
Justiz und Verbraucher	28
Verbraucherschutz – Neue Rahmenbedingungen.....	28
Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	29
Europäisches Reiseinformations- und -genehmigungssystem (ETIAS)	29
Modernisierung der justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen	29
Rechtsstaatlichkeit.....	29
Vollendung der Sicherheitsunion	30
Vorhaben ohne Relevanz für den Mittelstand.....	30
Maritime Angelegenheiten und Fischerei.....	31
Überarbeitung des Fischereikontrollsystems.....	31
Migration und Inneres	31
Einreise und Aufenthalt zur Ausübung einer umfassende Qualifikationen voraussetzenden Beschäftigung (Vorschlag „Blaue Karte EU“)	31
Umsetzung der EU-Migrationsagenda.....	32
Ausweisdokumente und Aufenthaltstitel	32
Schengener Grenzkodex.....	32
Rückkehr ausweise	32
Schengener Informationssystem (SIS)	32
Vorhaben ohne Relevanz für den Mittelstand.....	33
Mobilität und Verkehr	34
Straßenverkehr – Paket „Europa in Bewegung“	34
Anerkennung elektronischer Frachtpapiere durch Behörden und / oder Geschäftspartner	35
Seeverkehr – Initiative „einziges Fenster“ für Meldeformalitäten	35
Transeuropäisches Verkehrsnetz – TEN-V-Investitionen	35
Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen.....	36
Umsetzung der globalen Strategie	36
Glaubwürdige Erweiterungsperspektive	36
Effizientere und kohärentere Umsetzung der Gemeinsamen Außenpolitik	36

Steuern und Zollunion	36
Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB)	36
Allgemeines Zoll- und Verbrauchsteuersystem	37
Eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft	37
Mehrwertsteuersätze für Bücher, Zeitungen und Zeitschriften	37
Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer	38
Automatischer Informationsaustausch im Bereich der Besteuerung	38
Offenlegung von Ertragsteuerinformationen	38
Umwelt	39
Kreislaufwirtschaft – Paket	39
Kreislaufwirtschaft – Umsetzung des Aktionsplans	40
Umweltüberwachung und -berichterstattung – Folgemaßnahmen zur Eignungsprüfung	40
Eine Union des demokratischen Wandels	41
Weniger, aber effizienter	41
Ein effizienteres und demokratischeres Europa	41
Europa vermitteln	41
Vorhaben ohne Relevanz für den Mittelstand	42

III. Die Vorhaben im Einzelnen

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
1.	Paket zu sozialer Gerechtigkeit – Sozialversicherung für Selbständige GD Beschäftigung, Soziales und Integration (EMPL) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 8	KMU-relevante Initiative: Sozialversicherung für Selbständige in atypischen Arbeitsverhältnissen Hohe KMU-Relevanz, da die Ausweitung des Zugangs zur Sozialversicherung für Selbständige - insb. bei Einbezug in die Pflichtversicherung bspw. in der Rentenversicherung - Einfluss auf die Tragfähigkeit von Geschäftsmodellen hat. <i>Verbände: Fordern für Selbständige größtmögliche Wahlfreiheit in der Altersversorgung bei Anerkennung eigener, freiwilliger Vorsorgeleistungen sowie eine flexible Gestaltung der Einzahlung, so dass sie der wechselnden Ertragslage der Unternehmer Rechnung trägt – auch im Zusammenspiel mit anderen Belastungen, insb. der gerade für Selbständige mit geringem Einkommen extrem teuren Krankenversicherung. Initiative entspricht auch den Forderungen des Handwerks.</i> Legislativ / nicht legislativ, Q2/2018	Öffentliche Konsultationen Zurzeit keine abgeschlossene Konsultation Allgemeine Informationen Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte – Kommission beschließt erste konkrete Initiativen (Pressemitteilung vom 26.04.17)
2.	Paket zu sozialer Gerechtigkeit – Pflicht des Arbeitgebers zur Unterrichtung des Arbeitnehmers GD Beschäftigung, Soziales und Integration (EMPL) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 8	KMU-relevante Initiative: Pflicht des Arbeitgebers zur Unterrichtung des Arbeitnehmers Die Ausweitung des Anwendungsbereichs der Nachweis-RL 91/533/EWG über schriftliche Erklärungen und der Arbeitgeberinformationspflichten nach einem REFIT ist für alle Arbeitgeber relevant. <i>Verbände: Befürchten bei neuen Vorgaben zu Informationspflichten zusätzliche Dokumentation- und Bürokratiebelastungen für Unternehmen.</i> Legislativ, einschl. Folgenabschätzung / nicht legislativ; Q4/2017	Allgemeine Informationen Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte – Kommission beschließt erste konkrete Initiativen (Pressemitteilung vom 26.04.17)
3.	Paket zu sozialer Gerechtigkeit – Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige GD Beschäftigung, Soziales und Integration (EMPL) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 31	KMU-relevanter Vorschlag: RL des EP und des Rates zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige und zur Aufhebung der RL 2010/18/EU des Rates Vorschlag umfasst u.a. einen zehntägigen bezahlten Vaterschaftsurlaub bei Geburt eines Kindes, einen bezahlten Freistellungsanspruch von fünf Tagen pro Jahr bei Betreuung und Pflege erkrankter oder pflegebedürftiger Angehöriger sowie einen Rechtsanspruch auf flexible Arbeitszeitregelungen bei Betreuungs- und Pflegepflichten. Mit Belastungen für die Unternehmen (Kosten, Bürokratie, Umorganisation) ist zu rechnen. Allerdings sind Umsetzung und Folgen für KMU noch offen, die weiteren Verhandlungen bleiben abzuwarten. <i>Verbände: Befürchten für Betriebe langjährige Unsicherheit über den zeitlich begrenzten Ausfall von Mitarbeitern – auch für Diejenigen im Betrieb, die den Arbeitsausfall kompensieren. KMU im Handwerk z.B. haben oft nur fünf bis sechs Mitarbeiter. Hier müssten - unter Berücksichtigung der Arbeitsabläufe und der Realität dieser Unternehmen - ausgewogene Ansätze zwischen den Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gefunden werden. Drohende Verschärfung auch durch den Revisionsversuch zur Mutterschutz-RL befürchtet.</i> COM(2017)253 – 2017/85 (COD)	Allgemeine Informationen Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte – Kommission beschließt erste konkrete Initiativen (Pressemitteilung vom 26.04.17)

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
4.	Arbeitnehmer-Entsendung GD Beschäftigung, Soziales und Integration (EMPL) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 29	KMU-relevanter Vorschlag: RL des EP und des Rates zur Änderung der RL 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen Die RL verfolgt das Ziel „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“. Sie regelt die Arbeitsbedingungen entsandter Arbeitnehmer und ist damit sowohl für deutsche Unternehmen relevant, die eigenes Personal in die EU entsenden als auch für Unternehmen im Inland, die Dienstleistungen durch entsandte Arbeitnehmer in Anspruch nehmen. Einige Sektoren (z.B. Bausektor) sind von der RL besonders betroffen. <i>Verbände: Sehen das Ziel „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ durch bestehende deutsche Gesetze gewährleistet und befürchten neue Bürokratie und damit letztlich Verteuerung der Entsendung von Arbeitnehmern. Sie fordern einfache Ausgestaltung, gerade im Bereich der kurzzeitigen Entsendung (Negativbeispiel Frankreich, wo große Belastungen beim Verkauf von Küchen mit anschließender Installation auftreten).</i> COM(2016)128 – 2016/70 (COD)	Fahrplan (Englisch) Standards für Gleichbehandlungsstellen Allgemeine Informationen Arbeitsverträge
5.	Paket zu sozialer Gerechtigkeit – Einrichtung einer Europäischen Arbeitsmarktbehörde GD Beschäftigung, Soziales und Integration (EMPL) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 8	Eventuell KMU-relevante Initiative: Einrichtung einer Europäischen Arbeitsmarktbehörde Da die Befugnisse dieser Behörde noch nicht absehbar sind, kann KMU-Relevanz noch nicht abschließend bewertet werden. Einzelheiten abhängig vom weiteren Vorgehen. Betrifft evtl. Soloselbstständige. <i>Verbände: Einige sehen diese Behörde positiv (Möglichkeit, leichter qualifizierte Arbeitnehmer aus Europa zu verpflichten), andere aber auch kritisch.</i> Legislativ, Q2/2018	Öffentliche Konsultationen Bewertung der verstärkten Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen (Deutsch, Frist: 13.12.18) abgeschlossene Konsultation Fahrpläne (Englisch) Bewertung des Netzwerks der öffentlichen Arbeitsverwaltungen (PES – Public Employment Services)
6.	Paket zu sozialer Gerechtigkeit – Europäische Sozialversicherungsnummer GD Beschäftigung, Soziales und Integration (EMPL) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 8	Eventuell KMU-relevante Initiative: Einführung einer europäischen Sozialversicherungsnummer Die Bundesregierung bezweifelt den Mehrwert für das deutsche Sozialversicherungssystem. Eine europäische SV-Nummer dürfte Zusatzaufwand, auch für die Wirtschaft, verursachen. Legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q2/2018	Fahrplan (Englisch) Europäische Sozialversicherungsnummer
7.	Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit GD Beschäftigung, Soziales und Integration (EMPL) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 30	Eventuell KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates zur Änderung der VOen (EG) - 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und - 987/2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der VO (EG) 883/2004 Die Initiative betrifft in erster Linie das Verhältnis zwischen Bürger und Verwaltung. Die Umsetzung und die Folgen für KMU sind noch offen. <i>Verbände: Begrüßen die geplante längere Anwartschaft auf den Bezug von Sozialleistungen.</i> COM(2016)815 – 2016/397 (COD)	

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
-----	---------------------------	--	-----------------------

Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU

8.	Definition von KMU – Bewertung und mögliche Überarbeitung GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (GROW) <i>Nicht im KOM-Arbeitsprogramm enthalten</i>	Neue KMU-relevante Initiative: Die Definition der Kleinstunternehmen sowie der KMU in der Empfehlung 2003/361/EG ist das strukturelle Instrument zur Ermittlung von Unternehmen, die aufgrund ihrer Größe mit Marktversagen und besonderen Herausforderungen konfrontiert sind und bei der Gewährung öffentlicher Unterstützung bevorzugt werden können. Die KOM arbeitet derzeit eine Bewertung und mögliche Überarbeitung einiger Aspekte der Definition von KMU aus.	Öffentliche Konsultationen zurzeit keine abgeschlossene Konsultation Fahrplan (Englisch) Definition von KMU
8.1.	Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (GROW) <i>KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 3a</i>	KMU-relevanter Vorschlag: RL des EP und des Rates zur Angleichung der Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen Verschiedene nationale Anforderungen können sich negativ auf die Wettbewerbsbedingungen gerade von KMU auswirken. Durch die Harmonisierung der Vorschriften soll die Arbeit von KMU erleichtert werden. Im Rahmen der RL-Verhandlungen wird ein besonderes Augenmerk auf die Belange von KMU gelegt. <i>Verbände: Befürchten hohe Umsetzungsaufwände für die meisten KMU. Nur wenige Ausnahmen für bestimmte Maßnahmen für Kleinstunternehmen. Neue Barrierefreiheitsanforderungen könnten etwa bei öffentlichen Ausschreibungen zu Lasten von KMU gehen. Forderung nach ausreichenden Übergangsfristen.</i> <i>Zwar hohe Bedeutung der Barrierefreiheit (z.B. angemessener Anteil an barrierefreien Geldautomaten), aber auch ausufernde Offenlegungs- und Informationspflichten (z.B. Annex III löschen), unverhältnismäßige Beschränkung von Anbietern in ihrer Produktauswahl, Schaffung einer zentralen Datenbank zur barrierefreien Zugänglichkeit und Aufnahme des baulichen Umfeldes in den Anwendungsbereich der RL.</i> <i>Wichtig für den Handel: einfache Erkennbarkeit von konformen, barrierefreien Produkten (Rückgriff auf bestehende CE-Kennzeichnung), andernfalls drohten erhöhte Prüfpflichten. Internetpräsenzen sollten nur bei wesentlicher Veränderung des Webangebots barrierefrei angepasst werden; eine Erweiterung des Produktangebots sollte nicht darunter fallen.</i> COM(2015)615 – 2015/278 (COD)	
9.	Rechtstreue-Paket – zentrales digitales Zugangstor GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (GROW) <i>KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 18</i>	KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates über ein zentrales digitales Zugangstor zu Informationen, Verfahren, Hilfs- und Problemlösungsdiensten und zur Änderung der „IMI-Verordnung VO (EU) 1024/2012 Das zentrale digitale Zugangstor (SDG – Single Digital Gateway) soll insb. KMU zuverlässige Informationen über wichtige Binnenmarktregeln und Online-Services geben. <i>Verbände: Befürworten das SDG, haben aber Verbesserungsvorschläge: Das SDG sollte vorhandene Informationsportale und Hilfsdienste übersichtlich auf einer Webseite abbilden und auf nationale Hilfsdienste (z.B. Informations- und Beratungsangebote der Handwerkskammern) verlinken. Ein Eingriff in die organisations- und verfahrensrechtliche Ausgestaltung nationaler Verwaltungsverfahren wird hingegen abgelehnt.</i> COM(2017)256 – 2017/86 (COD)	Allgemeine Informationen Mitgliedstaaten einigen sich auf zentrales digitales Zugangstor für eine modernere Verwaltung (Pressemitteilung vom 30.11.17)

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
10.	Rechtstreue-Paket – Auskunftersuchen der KOM an Unternehmen GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (GROW) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 18	KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates zur Festlegung der Bedingungen und des Verfahrens für Auskunftersuchen der KOM an Unternehmen und Unternehmensvereinigungen in Bezug auf den Binnenmarkt und damit verbundene Bereiche (SMIT – Single Market Information Tool) KMU können von Auskunftersuchen betroffen sein, da vom Anwendungsbereich des Vorschlags erfasst. <i>Verbände:</i> Ablehnung des SMIT wegen zu befürchtender neuer bürokratischer Berichtspflichten. Vereinzelt Zweifel an einem berechtigten Interesse der KOM an Auskünften jenseits der Vorbereitung von Vertragsverletzungsverfahren. Verweis auf die bereits jetzt ausreichenden Frageinstrumente der KOM zur Erhebung binnenmarktrelevanter Informationen. Kein ausreichender Schutz für die von den Unternehmen preisgebenden hochsensiblen Unternehmensdaten. COM(2017)257 – 2017/87 (COD)	
11.	Rechtstreue-Paket – Stärkung der Wettbewerbsbehörden der MS GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (GROW) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 18	KMU-relevanter Vorschlag: RL des EP und des Rates zur Stärkung der Wettbewerbsbehörden der MS im Hinblick auf eine wirksamere Durchsetzung der Wettbewerbsvorschriften und zur Gewährleistung des reibungslosen Funktionierens des Binnenmarkts KMU unterliegen dem Wettbewerbsrecht und können daher auch betroffen sein. <i>Verbände:</i> Begrüßen die Einhaltung der Wettbewerbsvorschriften im Interesse der KMU. COM(2017)142 – 2017/63 (COD)	
12.	Dienstleistungspaket – Dienstleistungen im Binnenmarkt und Notifizierungsverfahren GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (GROW) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 19	KMU-relevanter Vorschlag: RLn des EP und des Rates - über die Durchsetzung der RL 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt - zur Festlegung eines Notifizierungsverfahrens für dienstleistungsbezogene Genehmigungsregelungen und Anforderungen Die Notifizierungs-RL ist für KMU relevant, auch wenn nicht unmittelbar betroffen. <i>Verbände:</i> Teils positive (weitere Koordinierung der nationalen Rechtssetzungen, Abbau von Markteintrittshürden), teils kritische (Erschwerung/Verzögerung nationaler Verwaltungsprozesse) Einschätzung. - zur Änderung der RL 2006/123/EG und der VO (EU) 1024/2012 (IMI-Verordnung) über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems COM(2016)821 – 2016/398 (COD)	

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
13.	Dienstleistungspaket – Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (GROW) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 19	KMU-relevanter Vorschlag: RL des EP und des Rates über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen Die RL über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung ist für KMU relevant, auch wenn der Vorschlag die Unternehmen nicht unmittelbar betrifft (Adressat Bund, Länder und Kommunen). <i>Verbände:</i> Zurückhaltende Bewertung (Erschwerung von Berufsreglementierungen könnten sich auf KMU auswirken). Die Verbesserungen des EP und des Rates gingen aber in die richtige Richtung, weil darin auch auf die Qualität der Dienstleistungserbringung geachtet und deutlicher wird, dass die Kammermitgliedschaft ein Vorteil ist. Das Handwerk sieht Entscheidungsprärogative des nationalen Gesetzgebers in unzulässiger Weise beschnitten, da das Verhältnismäßigkeitsraster rein auf ökonomische Auswirkungen abstellt. Qualifikationsanforderungen an den Berufszugang sichern aber die Qualität von Produkten und Dienstleistungen und sind präventiver Verbraucherschutz. COM(2016)822 – 2016/404 (COD)	
14.	Dienstleistungspaket – Elektronische Europäische Dienstleistungskarte GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (GROW) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 19	KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates zur Einführung einer Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte und entsprechender Verwaltungserleichterungen Die DL-Karte soll die Erbringung von grenzüberschreitenden Verwaltungsdienstleistungen in bestimmten Dienstleistungsmärkten erleichtern, die weitgehend KMU-geprägt sind. Dazu gehören insb. die Unternehmens- und Baudienstleistungen. <i>Verbände:</i> Eine gut ausgestaltete Dienstleistungskarte könnte Unternehmen das grenzüberschreitende Tätigwerden erleichtern. Manche sehen in dem Vorschlag aber eine teilweise Aushebelung des deutschen Wirtschaftsverwaltungsrechts. COM(2016)824 – 2016/403 (COD)	
15.	Europaweites privates Altersvorsorgeprodukt (PEPP) GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (GROW) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 22	Eventuell KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates über ein europaweites, national steuerlich förderfähiges privates Altersvorsorgeprodukt (PEPP) Altersvorsorge betrifft alle Unternehmen, daher eher keine branchenspezifischen Auswirkungen. Allerdings dürfte eine Umsetzung bei KMU der Finanzbranche mit Blick auf die Abwicklung der steuerlichen Förderung aufwändig sein. Schon bei der nationalen Riester-Rente sind Anbieterwechsel aufgrund der Zulagenverwaltung nicht trivial. Eine komplexe europaweite Wechsellmöglichkeit könnte zu Lasten von Einfachheit und Produktkosten gehen. <i>Verbände:</i> Sehen für DEU entweder keine Notwendigkeit zur Einführung eines zusätzlichen Altersvorsorgeprodukts oder lehnen die zwangsweise Nutzung des PEPP ab – es dürfe nicht zur Konkurrenz zu bereits bestehenden ähnlichen nationalen Produkten werden. COM(2017)343 – 2017/143 (COD)	

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
16.	Steigerung der Effizienz der Binnenmarkt-Rechtsetzung GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (GROW) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 11	Eventuell KMU-relevante neue Initiative mit Blick auf das Jahr 2025: Mitteilung über einen möglichen intensiveren Rückgriff auf die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit und das ordentliche Gesetzgebungsverfahren in Binnenmarktfragen auf der Grundlage des Artikels 48 Absatz 7 EUV Als eine Reform des Gesetzgebungsprozesses wahrscheinlich nicht unmittelbar KMU-relevant, Genaues wird vom Inhalt des Beschlusses abhängig sein. Eine Steigerung der Effizienz der Binnenmarkt-Rechtsetzung dürfte aber mittelbare Auswirkungen auf KMU haben, die häufig von Binnenmarktfragen betroffen sind und daher bei allen Gesetzgebungsverfahren angemessen konsultiert und ihre Positionen berücksichtigt werden sollten. Nicht legislativ, Q3/2018	Allgemeine Informationen Bessere Einhaltung der Regeln und des Funktionierens des EU-Binnenmarktes (Pressemitteilung vom 02.05.17)
17.	Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (GROW) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 20	Eventuell KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates über die Genehmigung und die Marktüberwachung von KFZ und -Anhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge COM(2016)31 – 2016/14 (COD)	Fahrplan (Englisch) VO zur Ergänzung der EU-Typgenehmigungsvorschriften in Bezug auf den BREXIT
18.	Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (GROW) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 62	Eventuell KMU-relevanter Vorschlag (nur branchenspezifische Relevanz): VO des EP und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Programms zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich zwecks Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der Innovation in der Verteidigungsindustrie der EU COM(2017)294 – 2017/0125 (COD)	Allgemeine Informationen KOM-Priorität: Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne
19.	Änderungen an der Verordnung über europäische Marktinfrastrukturen GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (GROW) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 23	Eventuell KMU-relevanter Vorschlag (evtl für große KMU relevant, die Zertifikate emittieren): VO des EP und des Rates zur Änderung der VO(EU) 648/2012 in Bezug auf die Clearingpflicht , die Aussetzung der Clearingpflicht, die Meldepflichten , die Risikominderungstechniken für nicht durch eine zentrale Gegenpartei geclearte OTC-Derivatekontrakte, die Registrierung und Beaufsichtigung von Transaktionsregistern und die Anforderungen an Transaktionsregister COM(2017)208 – 2017/90 (COD)	

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
-----	---------------------------	--	-----------------------

Digitaler Binnenmarkt

20.	<p>Digitale Verträge GD Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien (CONNECT) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 5</p>	<p>KMU-relevanter Vorschlag: RL des EP und des Rates über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und des Online-Warenhandels und anderer Formen des Fernabsatzes von Waren</p> <p>Auch KMU bieten digitale Inhalte und Waren an. Bei digitalen Inhalten, zu denen auch Apps für Smartphones gehören, treten häufig sogar gerade KMU als Anbieter auf. Bezüglich des Warenhandels hat die KOM am 31.10.2017 einen geänderten RL-Vorschlag vorgelegt, der neben dem Online-Handel auch den stationären Handel umfasst. Auch hier treten KMU als Anbieter auf. Die in beiden RL-Vorschlägen vorgesehenen Regelungen zu Vertragsmäßigkeit, Gewährleistungsrechten etc. betreffen daher unmittelbar auch KMU. Die KOM führt auch ausdrücklich aus, dass die Vorschläge ein unternehmerfreundliches Umfeld schaffen und es den Unternehmen, „insbesondere den KMU“, erleichtern sollen, ihre Waren grenzüberschreitend anzubieten.</p> <p><i>Verbände:</i> Befürchten hohe Kosten durch neue Gewährleistungspflichten oder deren Verlängerung und setzen sich dafür ein, dass auch bei digitalen Verträgen KMU nicht unverhältnismäßig belastet werden. Dies gilt besonders für die geplante Ausweitung des Warenvorschlags auch auf Offline-Verträge. Hier bedürfte es eines Gleichlaufs zwischen Online- und Offline-Verträgen. Die Unterscheidung zwischen „smarten“ und normalen Waren (die zu einer Bestimmung der anwendbaren Vorschriften führt) sei künstlich und in der Praxis aufwendig. Es sollten daher einheitliche Ansätze mit gleichen Gewährleistungsfristen gefunden werden.</p> <p>Für Kritik sorgt die aktuelle Diskussion über die Einführung einer Lebensdauergarantie – zumindest für den Regelungsbereich des Gewährleistungsrechts. Solche Ansätze (des EP) seien Gegenstand der Produktdesign-Vorschriften und sollten dort geregelt werden. Zudem sei eine Ausweitung dieses nur das Verbrauchergeschäft betreffenden Vorhabens auf den kaufmännischen Geschäftsverkehr ein Einschnitt in die Vertragsfreiheit. Das gilt insb. für die Freiheit von KMU, Verträge flexibel und nach situationsbedingten Bedürfnissen zu gestalten.</p> <p>COM(2015)634 – 2015/0287 (COD) COM(2015)635 – 2015/0288 (COD)</p>	<p>Fahrplan (Englisch) Bewertung der Produktdesign-Vorschriften</p>
21.	<p>Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation GD Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien (CONNECT) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 11</p>	<p>KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates über die Achtung des Privatlebens und den Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation und zur Aufhebung der RL 2002/58/EG (VO über Privatsphäre und elektronische Kommunikation)</p> <p>Regelungen betreffen alle mit der Verarbeitung personenbezogener (und maschinengenerierter) Daten befassten Unternehmen, damit auch KMU.</p> <p><i>Verbände:</i> Überwiegend Ablehnung des Vorschlags, weil Cookie-basierte Dienstleistungen künftig eingeschränkt oder unmöglich gemacht und neue Geschäftsmodelle damit verhindert werden könnten. Kritik auch an der geplanten „Gatekeeper-Funktion“ der Browser und dem vorgeschlagenen Kopplungsverbot: Online tätige Unternehmen befürchten Verschlechterung von Refinanzierungsmodellen und Möglichkeiten der Kundenakquise (Vorteil für reichweitenstarke „First-Parties“). Unklar, ob Vorschlag auch auf die Kommunikation unter Maschinen (z.B. bei vernetzten Fahrzeugen oder Produktionsmaschinen) Anwendung findet. Hohe Relevanz auch für KMU im Hotelgewerbe im Hinblick auf die Daten der Gäste.</p> <p>Forderung nach langen Übergangsvorschriften, durch die sich die Rechtsunsicherheiten bei der Implementierung und Durchsetzung der Vorschriften der Datenschutz-Grund-VO kompensieren ließen.</p> <p>COM(2017)10; 2017/3 (COD)</p>	

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
22.	<p>Vollendung des digitalen Binnenmarkts GD Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien (CONNECT) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 4</p>	<p>KMU-relevante neue Initiative:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vorschlag für faire Beziehungen zwischen Plattformen und Unternehmen Legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q1/2018 - Initiative zu den Herausforderungen für Online-Plattformen in Bezug auf die Verbreitung von Falschmeldungen Nicht legislativ, Q1/2018 - Überarbeitung der KOM-Leitlinien zur Marktanalyse und Ermittlung beträchtlicher Marktmacht im Bereich der elektronischen Kommunikation Nicht legislativ, Q2/2018 <p>Digitalisierung ist ein Querschnittsthema und betrifft alle Teile der Wirtschaft und Gesellschaft. KMU können selbst digitale Geschäftsmodelle betreiben oder stehen vielfach mit digitalen Unternehmen in Geschäftsbeziehungen. Insb. der Vorschlag für faire Beziehungen zwischen Plattformen und Unternehmen soll zu einer Verbesserung für Unternehmen führen, die auf große Internetplattformen angewiesen sind.</p> <p><i>Verbände:</i> Für KMU einiger Branchen (Hotellerie und Gastronomie) ist Verbesserung der Beziehungen zwischen Online-Plattformen und Unternehmen wichtig. Die Industrie sieht keine KMU-Relevanz, solange Vorschriften auf B2C Plattformen beschränkt werden, wohl aber bei Ausweitung des Anwendungsbereichs auf B2B-Plattformen. Das Handwerk unterstützt das Schaffen eines digitalen Binnenmarktes für Europa nach dem Grundsatz „Mittelstand 4.0“. Mit voranschreitender Digitalisierung der Wertschöpfungs- und Marktprozesse und damit einhergehender Hybridisierung analoger und digitaler Geschäftsmodelle seien die Grenzen zwischen (Solo-)Selbständigen, Arbeitnehmern und Arbeitnehmerüberlassung im Sinne eines fairen Wettbewerbs der unterschiedlichen Erwerbsformen neu auszutariieren. Bei der Ausgestaltung neuer europäischer Regelungen müssten für Online-Kanäle angebotene handwerks/KMU-spezifische Leistungen die gleichen Verbraucherschutzrechtlichen Standards gelten wie für stationäre Unternehmen vor Ort. Modelle mittelständischer Kooperationen seien zu beachten. Schaffung gemeinsamer Plattformen von mittelständischen Kooperationen durch demokratische Entscheidungen innerhalb einer Kooperation bedingt faire Vertragsbeziehungen.</p>	<p>Öffentliche Konsultationen zurzeit keine abgeschlossene Konsultation abgeschlossene Konsultation Binnenmarktkonsultationen im Überblick</p> <p>Fahrpläne (Englisch) Wirksamere Bekämpfung illegaler Online-Inhalte Online verbreitete Falschmeldungen (fake news) und Desinformation Faire Beziehungen zwischen Online-Plattformen und Unternehmen Review of the Directive 2013/37/EU on the re-use of public sector information</p> <p>Allgemeine Informationen Europäischer Digitaler Fortschrittsbericht (Englisch, 10.05.17) KOM-Priorität: Digitaler Binnenmarkt</p>
23.	<p>EU-Agentur für Cybersicherheit GD Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien (CONNECT) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 14</p>	<p>KMU-relevanter Vorschlag:</p> <p>VO des EP und des Rates über die „EU-Cybersicherheitsagentur“ (ENISA) und zur Aufhebung der VO (EU) 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik („Rechtsakt zur Cybersicherheit“)</p> <p>Regelungen betreffen alle Wirtschaftsbereiche, damit auch KMU – insb. solche, die im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik tätig sind.</p> <p><i>Verbände:</i> Begrüßen Erhöhung der Cybersicherheit von IKT-Produkten und -Diensten zum Schutz und zum Nutzen der Verbraucher und der Wirtschaft im Binnenmarkt durch ein Zertifizierungssystem und die Verankerung von Sicherheitszielen. Einige kritisieren allerdings am VO-Vorschlag, dass ENISA berechtigt sein soll, verbindliche Zertifizierungssysteme festzulegen, die nationale Systeme verdrängen, selbst wenn sie einen höheren nationalen Standard etablierten. COM(2017)477 – 2017/0225 (COD)</p>	<p>Fahrpläne (Englisch) Schaffung eines Europäischen Forschungs- und Kompetenzzentrums für Cybersicherheit Überprüfung der ENISA-VO und Festlegung einer ICT-Sicherheits-zertifizierung und -kennzeichnung</p>

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
24.	<p>Das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (GROW) GD Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien (CONNECT) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 7</p>	<p>KMU-relevanter Vorschlag: RL des EP und des Rates über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt Unter anderem: Evaluierung der Tätigkeiten des Amtes der EU für geistiges Eigentum (EUIPO) im Bereich der Durchsetzung und der Europäischen Beobachtungsstelle für Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums (VO (EU) Nr. 386/2012) Es können sich Auswirkungen auf kleinere Plattformen, Produzenten oder Verlage ergeben. <i>Verbände: Urheberrecht von großer Relevanz für die Wirtschaft. Für das Handwerk (Fotografen) geht es darum, die sog. Panoramafreiheit beizubehalten. Da der aktuelle Urheberrechtsvorschlag keine Abschaffung der Panoramafreiheit beinhaltet, könne die Ausnahme gem. § 59 Urheberrechtsgesetz bestehen bleiben. Auch Industrieunternehmen vorrangig als Anwender vor allem über das Einfallstor „Software“ immer betroffen (z.B. als Nutzer von Plattformen).</i> COM(2016)593 – 2016/280 (COD)</p>	<p>Öffentliche Konsultation zurzeit keine abgeschlossene Konsultation</p>
25.	<p>Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors GD Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien (CONNECT) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. II, Nr. 2</p>	<p>Eventuell KMU-relevante REFIT-Initiative: Im Zuge der Überarbeitung der RL 2013/37/EU über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors kann der Zugang zu derartigen Daten zum Nutzen der Gesellschaft, zur Verringerung der Regulierungskosten und zur Vereinfachung der bestehenden Rechtsvorschriften erleichtert werden Ein verbesserter Zugang zu Informationen des öffentlichen Sektors kann zur Verbesserung bestehender oder zur Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, gerade auch durch KMU, führen. <i>Verbände: Vermutlich erhebliches Geschäftspotenzial in der Verwendung dieser bei der öffentlichen Hand vorhandenen Informationen.</i> Legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q2/2018</p>	<p>Fahrplan (Englisch) Bewertung des Europäischen Netzwerks der öffentlichen Arbeitsverwaltungen (PES – Public Employment Services) Bewertung und Überarbeitung der RL 2003/98/EG über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors</p>
26.	<p>Freier Fluss nicht personenbezogener Daten GD Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien (CONNECT) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 13</p>	<p>Eventuell KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates über einen Rahmen für den freien Verkehr nicht personenbezogener Daten in der EU Regelungen sind insb. relevant, wenn KMU grenzüberschreitend Daten verarbeiten. <i>Verbände: Beseitigung von Hemmnissen für grenzüberschreitende Datenströme wichtig im Sinne einer wettbewerbsfähigen europäischen Datenwirtschaft in allen Wirtschaftsbereichen. Tatsächliche KMU-Relevanz aber fraglich, da sich Vorhaben an die MS richtet. Generell bietet mehr Freiheit bei der Nutzung von Datenspeicherungs- und Datenverarbeitungsdiensten auch für KMU eine Chance. Wichtiger für KMU wären aber Regelungen zum Zugang zu von Unternehmen gehaltenen maschinengenerierten Daten (im Vorschlag nicht geregelt).</i> COM(2017)495 – 2017/228 (COD)</p>	

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
27.	Vorschlag zur Vorbeugung ungerichtfertigten Geoblockings GD Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien (CONNECT) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 10	Eventuell KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates über Maßnahmen gegen Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts sowie zur Änderung der VO (EG) 2006/2004 und der RL 2009/22/EG Regelungen sehr relevant für KMU, wenn diese in mehreren MS tätig sind oder ihr Angebot an Endkunden in verschiedenen MS richten. Die in der Geoblocking-VO enthaltenen Regeln (Diskriminierungsverbote) richten sich unmittelbar an die Geschäftstätigkeiten der Händler – im Online- wie auch im Offline-Bereich. <i>Verbände: Befürchten Einschränkung der Vertragsfreiheit für KMU mit Handel in andere MS. Besonders problematisch aus KMU-Sicht: Rechtsunsicherheit darüber, wann ein Unternehmer das Recht des MS, in dem er ansässig ist, auf den Vertrag anwenden darf, weil er sich „passiv“ verhält und seine Aktivitäten nicht auf Kunden in einem anderen MS ausgerichtet hat. Forderung: kein genereller Kontrahierungszwang aus dem Geoblocking-Verbot für am E-Commerce beteiligte Unternehmen. Gerade KMU müssten Vertragspartner frei wählen dürfen. Im Übrigen würden Intermediäre zu steigenden Kosten führen. Wirtschaftsbereiche unterschiedlich betroffen: für Hotellerie evtl. Relevanz im Hinblick auf das neue Telemediengesetz, B2B-Bereich für den Groß- und Außenhandel kein großes Thema.</i> COM(2016)289 – 2016/152 (COD)	
28.	Grenzüberschreitende Paketzustelldienste GD Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien (CONNECT) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 4	Eventuell KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates über grenzüberschreitende Paketzustelldienste Preise für grenzüberschreitende Paketzustelldienste können unmittelbar oder mittelbar auch KMU betreffen. Der Versandhandel befürchtet hohe Kosten durch neue Informationspflichten sowie für KMU den Verlust der Zustellkosten als Surcharging-Variante. COM(2016)285 – 2016/0149 (COD)	
29.	Telekommunikationsreform GD Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien (CONNECT) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 6	Eventuell KMU-relevanter Vorschlag: RL des EP und des Rates über den Europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) und zur Einrichtung des Gremiums Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) Regelungen sind relevant, wenn ein KMU im Bereich der elektronischen Kommunikation tätig ist. COM(2016)590 – 2016/0288 (COD) COM(2016)591 – 2016/0286 (COD)	Fahrplan (Englisch) Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten (WACC) in der Regulierung der Telekommunikation

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
30.	Modernisierung des audiovisuellen Rahmens GD Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien (CONNECT) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 9	Eventuell KMU-relevanter Vorschlag: RL des EP und des Rates zur Änderung der RL 2010/13/EU zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der MS über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten Regelungen sind insb. relevant, wenn KMU im Bereich der audiovisuellen Medien tätig sind. Neu ist die Einbeziehung von Plattformen, auf denen nutzergenerierte Videos abrufbar sind. COM(2016)287 – 2016/151 (COD)	
31.	Das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte im Bereich des Rundfunks GD Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien (CONNECT) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 8	Eventuell KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates mit Vorschriften für die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten in Bezug auf bestimmte Online-Übertragungen von Rundfunkveranstaltern und die Weiterverbreitung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen Mögliche Auswirkungen auf kleinere Plattformen, Produzenten oder Verlage. Die Weiterverbreitung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen ist u.a. regelmäßiger Bestandteil des Angebots in der Hotellerie und Gastronomie. COM(2016)594 – 2016/284 (COD)	
32.	Vorhaben ohne Relevanz für den Mittelstand EU-interne Datenschutzvorschriften – Angleichung an die Datenschutz-Grundverordnung GD Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien (CONNECT) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 12	Eher nicht KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der VO (EG) 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG Die Regelungen betreffen nur den behördlichen Datenschutz und sind deshalb nicht unmittelbar KMU-relevant. Aber auch aus KMU-Sicht sollten für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU die gleichen Anforderungen gelten wie unter der Datenschutz-Grundverordnung. KOM(2018)43 endg.; Ratsdok.-Nr. 5702/18 (PDF) COM(2017)8 – 2017/2 (COD)	Allgemeine Informationen Datenschutz-Grundverordnung

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
33.	<p>Paket „Saubere Energie für alle Europäer“ GD Energie (ENER) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 15</p>	<p>KMU-relevanter Vorschlag für RLn des EP und des Rates zu</p> <ul style="list-style-type: none"> - Änderung der RL 2012/27/EU zur Energieeffizienz COM(2016)761 – 2016/376 (COD) - Änderung der RL 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden COM(2016)765 – 2016/381 (COD) - Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Neufassung) COM(2016)767 – 2016/381 (COD) - gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung) Die Elektrizitätsbinnenmarkt-RL beinhaltet verschiedene Regelungen, wie der Wettbewerb in den Endkundenmärkten gestärkt werden kann. COM(2016)864 – 2016/380 (COD) <p>KMU-relevanter Vorschlag für VOen des EP und des Rates zu</p> <ul style="list-style-type: none"> - Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung) Die Elektrizitätsbinnenmarkt-VO wiederum zielt darauf ab, die europäischen Strommärkte stärker miteinander zu verbinden und Versorgungssicherheit grenzüberschreitend zu verbessern. COM(2016)861 – 2016/379 (COD) - Gründung einer Agentur der EU für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (Neufassung) COM(2016)863 – 2016/378 (COD) - Risikoversorge im Elektrizitätssektor und Aufhebung der RL 2005/89/EG COM(2016)862 – 2016/377 (COD) - Governance-System der Energieunion zur Änderung der RL 94/22/EG, RL 98/70/EG, RL 2009/31/EG, VO (EG) 663/2009, VO (EG) 715/2009, RL 2009/73/EG, RL 2009/119/EG, RL 2010/31/EU, RL 2012/27/EU, RL 2013/30/EU, RL (EU) 2015/652 und zur Aufhebung der VO (EU) 525/2013 Relevant für den Mittelstandsverbund ist die Änderung der RL 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden. Der Gesetzgebungsprozess ist abgeschlossen, mangels Veröffentlichung des endgültigen Textes bleiben die Kommentare ausstehend. COM(2016)759 – 2016/375 (COD) <p>Gesamte Energieversorgung betroffen. Daher höchste Relevanz für KMU, auch wenn für sie teilweise Ausnahmen vorgesehen sind (z.B. Energieaudit).</p> <p><i>Verbände: Sehen Chancen für KMU (Eigenversorgung, niedrigere Strompreise, mehr Wettbewerb unter den Stromanbietern, hohes Maß an Versorgungssicherheit), aber auch Risiko hoher Mehrkosten (Errichtung von Ladesäulen auf Parkplätzen von neuen und renovierten Nichtwohngebäuden). Für Hotellerie und Gastronomie sind Energieeffizienzfragen von rapide wachsender Bedeutung.</i></p>	<p>Öffentliche Konsultation zurzeit keine abgeschlossene Konsultation abgeschlossene Konsultation abgeschlossene Konsultation</p> <p>Fahrpläne (Englisch) Umweltauswirkungen von Werkzeugmaschinen u. Schweißgeräten</p> <p>Energiekennzeichnung von Beleuchtungsprodukten Computern und Computerservern Haushaltsgeschirrspülern Haushaltskühlgeräten Haushaltswaschmaschinen und Wäschetrocknern</p> <p>Ökodesign von Beleuchtungsprodukten Computern und Computerservern Haushaltsgeschirrspülern Haushaltskühlgeräten Haushaltswaschmaschinen und Wäschetrocknern Stromverbrauch im Standby- und Off-Modus</p>

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
34.	Klimapaket GD Klimaschutz (CLIMA) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 16	KMU-relevanter Vorschlag: <ul style="list-style-type: none"> - RL des EP und des Rates zur Änderung der RL 2003/87/EG zwecks Verbesserung der Kosteneffizienz von Emissionsminderungsmaßnahmen und zur Förderung von Investitionen in CO₂-effiziente Technologien Wenngleich die meisten EU-ETS-Anlagen in energieintensiven, durch Großunternehmen geprägten Industriezweigen zu finden sind, betrifft die RL auch Anlagen mit geringem Emissionsausstoß (Klein-Emittenten), deren Eigentümer KMU oder Mikrounternehmen sein können: Abgesehen von den geltenden Regeln zur Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Kosten der Überwachung und Meldung von Emissionen profitieren diese emissionschwachen Anlagen von der vorgeschlagenen Beibehaltung der Möglichkeit für die Mitgliedstaaten, Kleinemittenten aus dem EU-ETS auszuschließen, wenn sie unter nationale Maßnahmen fallen, die einen gleichwertigen Beitrag zur Emissionsminderung leisten. COM(2015)337 – 2015/0148 (COD) - VO des EP und des Rates über die Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 und zur Änderung der VO Nr. 525/2013 des EP und des Rates über ein System für die Überwachung von Treibhausgasemissionen sowie für die Berichterstattung über diese Emissionen und über andere klimaschutzrelevante Informationen COM(2016)479 – 2016/0230 (COD) - VO des EP und des Rates zur Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021-2030 zwecks Schaffung einer krisenfesten Energieunion und Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris sowie zur Änderung der VO Nr. 525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein System für die Überwachung von Treibhausgasemissionen sowie für die Berichterstattung über diese Emissionen und über andere klimaschutzrelevante Informationen Die Lastenverteilungs-VO legt Reduktionsziele in Bereichen fest, die das Handwerk unmittelbar betreffen und die national zu konkretisieren sind. COM(2016)482; 2016/0231 (COD) 	Öffentliche Konsultationen zurzeit keine abgeschlossene Konsultation abgeschlossene Konsultation abgeschlossene Konsultation Klimakonsultationen im Überblick Fahrpläne (Englisch) Strategie für langfristige Treibhausgasreduktionen in der EU Überarbeitung der Regeln für die kostenlose Zuteilung im EU-Emissionshandelssystem CO₂-Emissionsnormen für schwere Nutzfahrzeuge Allgemeine Informationen Europäischer Emissionshandel – wichtig für die Energiewende (Themenseite des BMWi) Emissionshandel ist fit für 2030 (BMWi-Monatsbericht 1-2018, PDF)
35.	Eine nachhaltige Zukunft Europas GD Klimaschutz (CLIMA) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 3	Eventuell KMU-relevante neue Initiative mit Blick auf das Jahr 2025: Diskussionspapier „ Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa bis 2030, aufbauend auf den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung sowie dem Übereinkommen von Paris über den Klimawandel“ Wahrscheinlich KMU-Relevanz, da gesamte Energieversorgung betroffen, kann aber noch nicht abschließend bewertet werden, da Reflexionspapier noch nicht veröffentlicht. Kein Legislativvorhaben, deshalb voraussichtlich kein direkter, sondern nur mittelbarer Einfluss auf KMU. Nicht legislativ, Q2/2018	Öffentliche Konsultationen zurzeit keine abgeschlossene Konsultation Klimakonsultationen im Überblick

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
36.	Vollendung der Energieunion GD Energie (ENER) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 5	Eventuell KMU-relevante neue Initiative: Folgemaßnahme zum Solidaritätsaspekt der Energieunion , einschl. eines Vorschlags über gemeinsame Regeln für Gas-Verbindungsleitungen zwischen Drittländern und der EU Vorschlag für eine RL des EP und des Rates zur Änderung der RL 2009/73/EG über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt. Die neuen bzw. geänderten Regelungen betreffen insbes. Gas-Verbindungsleitungen zwischen Drittländern und der EU. Mittelbarer KMU-Einfluss Legislativ, einschl. Folgenabschätzung: COM(2017)660	Öffentliche Konsultationen Zurzeit keine Energiekonsultationen im Überblick Allgemeine Informationen 2. Bericht „Lage der Energieunion“ (Februar 2017)
37.	Zukunft der Energie- und Klimapolitik der EU GD Energie (ENER) GD Klimaschutz (CLIMA) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 6	Eventuell KMU-relevante neue Initiative mit Blick auf das Jahr 2025: Mitteilung über die Zukunft der Energie- und Klimapolitik der EU , einschl. der Zukunft des Euratom-Vertrags (unter Berücksichtigung der Erklärung Nr. 54 von fünf MS, die der Schlussakte des Vertrags von Lissabon beigelegt sind), und über die mögliche Anwendung des Artikels 192 Absatz 2 Unterabsatz 2 AEUV KMU-Relevanz kann noch nicht abschließend bewertet werden, da Initiative noch nicht veröffentlicht. Da kein Legislativvorhaben, voraussichtlich kein direkter, sondern nur mittelbarer Einfluss auf KMU (vermutlich sehr hohe Flughöhe). Nicht legislativ, Q2/2018	Öffentliche Konsultationen Energiekonsultationen im Überblick Klimakonsultationen im Überblick

Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion

38.	Reform der Eigenmittelverordnung Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 34	KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates zur Änderung der VO (EU) 575/2013 in Bezug auf die Verschuldungs- und strukturelle Liquiditätsquote , Anforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten, das Gegenparteiausfallrisiko, das Marktrisiko, Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien, Risikopositionen gegenüber Organismen für gemeinsame Anlagen, Großkredite, Melde- und Offenlegungspflichten und zur Änderung der VO (EU) 648/2012 Vorgesehen ist der Ausbau des KMU-Faktors und Erstreckung auch auf größere Kredite. KMU-relevant: Beibehaltung des sog. KMU-Faktors: Reduzierung der Eigenmittelanforderungen für KMU-Kredite < 1,5 Mio. € (Artikel 501 CRR II-E). COM(2016)850	
-----	--	--	--

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
39.	Insolvenzrechtsrichtlinie Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 21	KMU-relevanter Vorschlag: RL des EP und des Rates über präventive Restrukturierungsrahmen , die zweite Chance , Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz von Restrukturierungs-, Insolvenz- und Entschuldungsverfahren und Änderung der RL 2012/30/EU Würde KMU in Insolvenzverfahren sowohl als Gläubiger als auch Schuldner betreffen. <i>Verbände: Vorschlag verfolgt grundsätzlich wichtige Anliegen, vernachlässige aber durch die sehr kurze Restschuldbefreiungsfrist die Gläubigerrechte von KMU. Diese könnten aufgrund ihrer finanziellen Strukturen durch Forderungsausfälle u.U. selbst einer Insolvenzgefahr ausgesetzt sein. Eine pauschale Restschuldbefreiung ohne weitere Voraussetzungen wird abgelehnt.</i> <i>Relevant für KMU auch die Versteuerung von Sanierungsgewinnen im Insolvenzfall. Forderung nach klarer Abgrenzungsregeln zu nationalen vorinsolvenzlichen Verfahren. Gläubigerrechte müssten berücksichtigt werden und der Grundsatz der Antragspflicht im Falle einer Insolvenz absoluten Vorrang genießen. Einzelheiten im Wesentlichen von der Endfassung des Vorschlags abhängig.</i> COM(2016)723 – 2016/359 (COD)	
40.	Vollendung der Bankenunion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 13	Eventuell KMU-relevante neue Initiative mit folgenden Vorschlägen: <ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung von Sekundärmärkten für notleidende Kredite - Schutz gesicherter Gläubiger gegen Ausfall von Schuldner-Unternehmen - Schaffung eines Entwicklungsrahmens für EU-staatsanleihebesicherte Wertpapiere KMU-relevant ist insb. die Verwertung notleidender Kredite (non-performing loans, NPL) und Sicherheiten. Effizientere Möglichkeiten der Verwertung können einerseits bei den jeweiligen Schuldnerunternehmen negative Auswirkungen bis hin zur Schließung des Unternehmens haben. Andererseits können sie für KMU generell einen verbesserten und günstigeren Zugang zu neuem Kredit bedeuten. DEU hat einen sehr niedrigen Bestand an NPL, betroffen sind hauptsächlich KMU in anderen MS (insb. ITA). Vorschlag steht im Zusammenhang mit Insolvenzrechts-RL (voriges Vorhaben). <i>Verbände: Mittelbare KMU-Betroffenheit (Fremdfinanzierung durch Banken, Auswirkungen auf Kreditvergabe).</i> <i>Einige halten die Vollendung der Bankenunion für bedeutsam zur Reduzierung der Risiken im Bankensektor und zur Verhinderung zukünftiger, auch die Realwirtschaft beeinträchtigender Krisen.</i> <i>Für andere zielen die Vorschläge auf eine Erosion der Eigenverantwortung für mitgliedstaatliches Handeln ab (Transferelemente statt wettbewerbs- und marktwirtschaftsorientierter Grundsätze), was mittelfristig die Wettbewerbsfähigkeit der EU und in der Folge den Standort Europa ggü. anderen Wirtschaftsräumen schwäche.</i> Legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q1/2018	Öffentliche Ausschreibungen zurzeit keine abgeschlossene Konsultation

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
41.	<p>Europäisches Einlagensicherungssystem Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 40</p>	<p>Eventuell KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates zur Änderung der VO (EU) 806/2014 im Hinblick auf die Schaffung eines europäischen Einlagensicherungssystems (EDIS – European Deposit Insurance System)</p> <p>Vorschlag für eine stufenweise Vergemeinschaftung der Einlagensicherung (haftet für Einlagen bis 100.000 €). Die deutsche Einlagensicherung funktioniert gut; deshalb relevant vor allem für KMU in MS mit weniger starker Einlagensicherung (z.B. Italien).</p> <p>Die deutsche Kreditwirtschaft befürchtet unabsehbare Negativeffekte für deutsche KMU und die sie finanzierenden Banken und lehnt ein europäisches Einlagensicherungssystem mit Vollvergemeinschaftung, Trennung von Risiko und voller gegenseitiger Haftung (Risikosozialisierung) strikt ab. Ihrer Meinung nach würden</p> <ul style="list-style-type: none"> - <u>kleine und mittlere Unternehmen</u> bei einer Einschränkung der Funktionsweise oder gar Abschaffung eines institutssichernden Systems wie die BVR-Sicherungseinrichtung via EDIS mit umfangreichen Konsequenzen für die Stabilität einer Kontoverbindung und die liquiditäts- oder reservenahen Einlagen von Unternehmen konfrontiert (z.B. für Löhne/Gehälter, Rechnungsfakturierung, Reserven). - <u>kleine regionale KMU-finanzierende Banken</u> zur Übernahme deutlich höherer Risiken genötigt, was sich in den Finanzierungsbedingungen für KMU widerspiegeln würde. <p>Deshalb müsse auf die Sonderrolle existierender Institutssicherungssysteme Rücksicht genommen werden. In einer - vor Eintritt in EDIS-Phasen! - durchzuführenden Folgenabschätzung zu dem Vorschlag seien auch bislang offene technische und Fragen zur Rechtsgrundlage zu beantworten.</p> <p>COM(2015)586 – 2015/270 (COD)</p>	

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
42.	<p>Vollendung der Kapitalmarktunion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 10</p>	<p>Eventuell KMU-relevante neue Initiative:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Überarbeitung des Rahmens für Investmentgesellschaften <i>Legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q4/2017</i> - Aktionsplan für nachhaltige Finanzen mit regulatorischen Maßnahmen <i>Legislativ, einschl. Folgenabschätzung / nicht legislativ, Q1/2018</i> - Initiative zu Finanztechnologie (FinTech) <i>Nicht legislativ, Q1/2018</i> - Vorschlag für einen EU-Rahmen zu Crowdfunding und Peer-to-peer-Finanzierung <i>Legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q1/2018</i> - Schaffung eines europäischen Rahmens für gedeckte Schuldverschreibungen <i>Legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q1/2018</i> - auf der Grundlage von REFIT erfolgende Initiative zur Verringerung der Hindernisse für den grenzüberschreitenden Vertrieb alternativer Investmentfonds und OGAW <i>Legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q1/2018</i> <p>Ziel der Initiative ist es, u.a. KMU alternative Finanzierungsmöglichkeiten zum Bankkredit zu bieten; insb. soll der Zugang zu Risikokapital (hauptsächlich Crowdfunding und Peer-to-Peer-Finanzierung) erleichtert werden.</p> <p><u>Verbände</u>: Grundsätzliche Chancen für KMU zur Diversifizierung ihrer Finanzierungsmöglichkeiten durch Weiterentwicklung der Kapitalmarktfinanzierung, aber wohl potenziell beschränkte Wirksamkeit einzelner Gesetzesvorhaben. Klassische Bankenfinanzierung meist das geeignetere Instrument für KMU.</p> <p>Die Kreditwirtschaft sieht als übergeordnetes Ziel ein höheres und stabileres Wirtschaftswachstums in Europa im Rahmen zweier gleichberechtigter Säulen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Verbesserung der Funktions- und Leistungsfähigkeit der Kapitalmärkte in Europa durch die Maßnahmen der Kapitalmarktunion (dürfen die Kreditfinanzierung nicht benachteiligen) und 2. Verbesserung der Finanzierungsbedingungen der europäischen Wirtschaft durch die Stärkung der Kreditfinanzierung durch Banken und Sparkassen. 	<p>Öffentliche Konsultationen zurzeit keine abgeschlossene Konsultation abgeschlossene Konsultation</p> <p>Allgemeine Informationen Fragen und Antworten zur Halbzeitbilanz des Aktionsplans zur Schaffung einer Kapitalmarktunion (Fact Sheet, 8. Juni 2017) Eine Kapitalmarktunion für Europa (PDF, 2 MB)</p>

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
43.	Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 12	Eventuell KMU-relevante neue Initiative: <ul style="list-style-type: none"> - Vorschläge zur Umgestaltung des europäischen Stabilitätsmechanismus in einen dem EU-Recht unterliegenden europäischen Währungsfonds - Schaffung einer eigenen Euroraum-Haushaltslinie i.R.d. EU-Haushalts mit vier Funktionen: <ol style="list-style-type: none"> 1) Strukturreform-Hilfe, 2) Stabilisierungsfunktion, 3) Letztsicherung für die Bankenunion und 4) Konvergenz-Instrument, mit dem MS, die nicht dem Euroraum angehören, Hilfen für den Weg zum Beitritt erhalten können - inhaltliche Integration des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion in das EU-Recht unter Berücksichtigung der Flexibilität des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der die KOM seit Januar 2015 Rechnung trägt DEHOGA: Mittelbar betroffen. Keine speziell KMU-Relevanz, betrifft die gesamte Wirtschaft. <i>Verbände: Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion Grundvoraussetzung einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung. Moral Hazard und eine Vergemeinschaftung von Risiken seien aber unbedingt zu verhindern.</i> Legislativ, nicht legislativ, Q4/2017	Allgemeine Informationen KOM-Priorität: Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion
44.	Einführung des Amtes eines ständigen und rechenschaftspflichtigen europäischen Wirtschafts- und Finanzministers Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 14	Eventuell KMU-relevante neue Initiative mit Blick auf das Jahr 2025: Mitteilung über die mögliche Schaffung eines ständigen und demokratisch rechenschaftspflichtigen europäischen Wirtschafts- und Finanzministers <i>Verbände: Schließen negative Auswirkungen auf makroökonomisches Umfeld und damit auch auf KMU nicht aus und sehen Risiko einer weniger nachhaltigen Finanzpolitik bei Vermischung der Aufgaben der KOM mit denen der nationalen Finanzminister. Entscheidend, mit welchen Kompetenzen dieses Amt ausgestattet wird (Haushaltskompetenz?).</i> Nicht legislativ, Q4/2017	
45.	Vorhaben ohne Relevanz für den Mittelstand Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der EZB Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 32	Eher nicht KMU-relevante Empfehlung: Beschluss des EP und des Rates zur Änderung des Artikels 22 der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der EZB EZB will Aufsichtskompetenz über zentrale Gegenparteien im Wertpapierhandel (CCP – Central Counterparties) erlangen, darunter auch Nicht-EU-CCPs, die Euro-notierte Absicherungsgeschäfte abwickeln (sog. Euroclearing, das derzeit überwiegend in London stattfindet und damit nach dem Brexit außerhalb der EU). Voraussichtl. nur marginale, indirekte Effekte auf KMU (Kosten für und Verfügbarkeit von Absicherungsinstrumenten). EZB/2017/18 23.6.2017	

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
46.	Einheitliche Vertretung des Euro-Währungsgebiets im Internationalen Währungsfonds Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 33	Eher nicht KMU-relevanter Vorschlag: Beschluss des Rates über Maßnahmen zur schrittweisen Einrichtung einer einheitlichen Vertretung des Euro-Währungsgebiets im Internationalen Währungsfonds Eine einheitliche Vertretung des Euro-Währungsgebiets im Exekutivdirektorium des IWF hätte Auswirkungen auf das Stimmrecht der Euro-MS. Im Exekutivdirektorium werden typischerweise jedoch keine KMU-spezifischen Fragestellungen behandelt. COM(2015)603 2015/0250 (NLE) 21.10.2015	
47.	Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungsfähigkeit von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 35 KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 36	Eher nicht KMU-relevanter Vorschlag: - VO des EP und des Rates zur Änderung der VO (EU) 806/2014 in Bezug auf die Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungsfähigkeit von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen - RL des EP und des Rates zur Änderung der RL 2014/59/EU in Bezug auf die Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungsfähigkeit von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der RLn 98/26/EG, 2002/47/EG, 2012/30/EU, 2011/35/EU, 2005/56/EG, 2004/25/EG und 2007/36/EG Vorschlag zur Konkretisierung der Anforderungen an der Verlustpuffer (sog. MREL) der Banken für den Abwicklungsfall. Betrifft nur Banken, die i.d.R. keine KMU sind. COM(2016)851 – 2016/361 (COD) COM(2016)852 – 2016/362 (COD)	
48.	Rang unbesicherter Schuldtitel in der Insolvenzrangfolge Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 37	Eher nicht KMU-relevanter Vorschlag: RL des EP und des Rates zur Änderung der RL 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf den Rang unbesicherter Schuldtitel in der Insolvenzrangfolge Instrument zur Realisierung eines Verlustpuffers (MREL – Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities) bei Banken für den Abwicklungsfall. Betrifft nur Banken, die i.d.R. keine KMU sind. Kann KMU höchstens als Gläubiger insolventer Schuldner betreffen. COM(2016)853 – 2016/0363 (COD)	
49.	Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten – Ausnahmen von der Anwendung der RL 2013/36/EU Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 38	Eher nicht KMU-relevanter Vorschlag: RL des EP und des Rates zur Änderung der RL 2013/36/EU im Hinblick auf von der Anwendung ausgenommene Unternehmen, Finanzholdinggesellschaften, gemischte Finanzholdinggesellschaften, Vergütung, Aufsichtsmaßnahmen und -befugnisse und Kapitalerhaltungsmaßnahmen Indirekt eine gewisse KMU-Relevanz hätte mglw. die von KOM vorgesehene Möglichkeit, Förderbanken der Länder von der EU-Bankenaufsicht auszunehmen, was die Förderung günstiger machen könnte. Derzeit ist zweifelhaft, ob dies in den finalen Rechtstext Eingang finden wird. COM(2016)854 – 2016/364 (COD)	

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
50.	Sanierung und Abwicklung zentraler Gegenparteien Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 39	Eher nicht KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates über einen Rahmen für die Sanierung und Abwicklung zentraler Gegenparteien und zur Änderung der VOen (EU) Nr. 1095/2010, (EU) Nr. 648/2012 und (EU) 2015/2365 Vorschlag für Instrumente, mit denen zentrale Gegenparteien bei der Wertpapierabwicklung (diese sind keine KMU) im Falle einer Schieflage gestützt bzw. abgewickelt werden können. COM(2016)856 – 2016/0365 (COD)	
51.	Europäische Investitionsbank: Darlehensstätigkeit der in Drittstaaten Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 60 KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 61	Eher nicht KMU-relevanter Vorschlag: - Beschluss des EP und des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 466/2014/EU über eine Garantieleistung der EU für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Finanzierungen zur Unterstützung von Investitionsvorhaben außerhalb der Union - VO des EP und des Rates zur Änderung der VO (EG, Euratom) Nr. 480/2009 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen Mittelbare KMU-Relevanz durch zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten in den entsprechenden Drittstaaten. COM(2016)583 – 2016/275 (COD) COM(2016)582 – 2016/274 (COD)	

Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

52.	Lebensmittelversorgungskette in der EU GD Gesundheit u. Lebensmittelsicherheit (SANTE) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 9	KMU-relevante neue Initiative: Vorschlag zur Verbesserung der EU-Lebensmittelversorgungskette Unfaire Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette betreffen nicht nur die Landwirtschaft. Besonders KMU sind hiervor ebenfalls in vielerlei Hinsicht betroffen. Von größter Bedeutung sind Lebensmittel und deren Verarbeitung für das Gastgewerbe. <i>Verbände: Setzen weiterhin auf freiwillige Initiativen, allen voran die Supply Chain Initiative. Nur so könnten zufriedenstellenden Lösungen - unter Einbeziehung der Interessen aller Wertschöpfungsstufen - gefunden werden.</i> Legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q1/2018	Öffentliche Konsultationen zurzeit keine abgeschlossene Konsultation abgeschlossene Konsultation Fahrpläne (Englisch) Änderung der EU-Konzessionen für geschälten Basmati-Reis EU-Risikobewertungsmodell in der Lebensmittelversorgungskette Lebensmittelkontaktmaterialien Verfahrensaktualisierung bei Bekämpfung der Newcastle-Krankheit Allgemeine Informationen Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit
-----	--	--	--

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
53.	Umsetzung der Strategie „Handel für alle“ GD Handel (TRADE) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 15	KMU-relevante neue Initiative: Abschluss von Abkommen mit Japan, Singapur und Vietnam , Fortsetzung der Verhandlungen mit Mexiko und Mercosur – sowie mit Australien und Neuseeland , sobald der Rat die entsprechenden von der KOM empfohlenen Mandate gebilligt hat <i>Verbände:</i> Strategie äußerst KMU-relevant und Grundlage für die Exportstärke des deutschen Mittelstands. Weiter relevant nicht nur Abschluss von Freihandelsabkommen, sondern auch neue Sorgfaltspflichten im weitesten Sinne (Konfliktmineralien-VO, Exportkontrolle von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck, Nachhaltigkeitsvorschriften mit Sanktionsmechanismus). Aber auch Forderung nach angemessener Berücksichtigung der Auswirkungen auf KMU in der Lieferkette.	Fahrpläne (Englisch) Öffentliche Exportsubventionen (kurzfristige Exportkreditversicherung) - Erweiterung der EU-Vorschriften Die EU und Lateinamerika und Karibik: Eine erneuerte Partnerschaft Allgemeine Informationen Handel mit Südamerika – EU-Mercosur- und EU-Chile-Abkommen (Pressemitteilung vom 22.01.18)
54.	Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der EU GD Handel (TRADE) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 50	KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen (FDI – Foreign Direct Investment) in der EU Ausländische Direktinvestitionen können strategische Hintergründe haben, z.B. die Möglichkeit des Marktzugangs in Drittmärkten wie den USA oder China. Gerade eigentümergeführte Unternehmen profitieren deshalb vom freien Kapitalverkehr und der Investitionsoffenheit Europas. <i>Verbände:</i> Sehen Gefahr von Investitionsrückgang bei Mittelständlern und fortschreitendem Protektionismus und fordern von KOM, sich lieber um gute Bedingungen im Ausland für europäisches FDI zu kümmern. Der Maschinenbau lehnt die Anwendung dieser Initiative auf „kritische Technologie“ (Halbleiterhersteller, Robotik, Güter mit doppeltem Verwendungszweck) als KMU-schädigend ab. Rund 15% der Maschinebauer in DEU mit mehr als 50 Mitarbeitern (=KMU) haben Auslandsinvestoren an Bord. COM(2017)487 – 2017/0224 (COD)	
55.	Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente GD Handel (TRADE) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 48	KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates zur Änderung - der VO (EG) 1225/2009 des Rates über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren und - der VO (EG) 597/2009 des Rates über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern Die handelspolitischen Schutzinstrumente bieten Mittelständlern Schutz vor unfairen Handelspraktiken. <i>Verbände:</i> Gefahr einer zu strikten Anwendung. Gerade KMU, die in der Planung ihrer Zulieferketten potenzielle Anti-Dumping-Zölle nicht im Blick haben, sind von deren schlagartiger Einführung betroffen. Votum gegen Versandklausel (würde Missbrauch Tür und Tor öffnen) und Forderung nach gleichen Wettbewerbsvoraussetzungen auch im Online-Handel. COM(2013)192 – 2013/103 (COD)	

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
56.	Internationales Instrument für die öffentliche Auftragsvergabe GD Handel (TRADE) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 49	KMU-relevanter geänderter Vorschlag: VO des EP und des Rates über den - Zugang von Waren und Dienstleistungen aus Drittländern zum EU-Binnenmarkt für öffentliche Aufträge und Verfahren zur Unterstützung von Verhandlungen über den - Zugang von Waren und Dienstleistungen aus der Union zu den Märkten für öffentliche Aufträge von Drittländern <i>Verbände: Befürchten Gegenreaktionen, also Handelsbeschränkungen, seitens der betroffenen Staaten und lehnen das Vorhaben als wettbewerbsdiskriminierend ab. Insb. KMU könnten dieser Regulierung zum Opfer fallen, wenn als Folge öffentliche Aufträge in Drittstaaten erschwert werden (Beispiel Russland, das seit 2017 durch die Richtlinie 925 ausländische Anbieter bei öffentlichen Ausschreibungen diskriminiert.</i> COM(2016)34 – 2012/0060 (COD)	
57.	Multilateraler Investitionsgerichtshof Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 51	Eventuell KMU-relevante Empfehlung: Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Übereinkommen zur Errichtung eines multilateralen Gerichtshofs für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten <i>Verbände: Keine spezifisch KMU-relevante Initiative. Zugang zu Gerichtsbarkeit müsse allen Parteien gleichermaßen offenstehen, daher grundsätzlich auch aus KMU Perspektive zu begrüßen. Reform der EU-Investitionsschiedsgerichtsbarkeit biete Chance mittelstandsfreundlicher Gestaltung, abschließende Bewertung über die Relevanz für einzelne KMUs aber nicht möglich.</i> COM(2017)493	Fahrplan (Englisch) Vermeidung und gütliche Beilegung von Investitionsstreitigkeiten im Binnenmarkt

Haushaltsplan

58.	Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFSI) 2.0 GD Haushaltsplan (BUDG) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 1	KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates zur Änderung der VO'en (EU) Nr. 1316/2013 und 2015/1017 im Hinblick auf die Verlängerung der Laufzeit des EFSI sowie die Einführung technischer Verbesserungen für den Fonds und die Europäische Plattform für Investitionsberatung KMU stehen im besonderen Fokus der EFSI-Finanzierungstätigkeit. Daher ist die Ausweitung und Verlängerung (bis 2020, auf eine Investitionssumme von 500 Mrd. €) für KMU von Bedeutung (Projektfinanzierung). <i>Verbände: Begrüßen Ausweitung des EFSI. Die Aufstockung der Mittel für das KMU-Fenster könne Zugang zu Finanzierung von KMU - insb. kleinen und jungen - verbessern.</i> COM(2016)597 – 2016/276 (COD)	Öffentliche Konsultationen zurzeit keine Fahrplan (Englisch) Bewertung der Anwendung der EFSI-Verordnung EU 2015/1017
-----	--	---	--

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
59.	Mehrfähriger Finanzrahmen für die Zeit nach 2020 GD Haushaltsplan (BUDG) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 2	Eventuell KMU-relevante neue Initiative mit Blick auf das Jahr 2025: Umfassender Vorschlag in Bezug auf den künftigen mehrfährigen Finanzrahmen für die Zeit nach 2020 , gefolgt von Vorschlägen für die nächste Generation von Programmen und die neuen Eigenmittel Der Haushalt betrifft jeden, damit ist er zwar auch, aber nicht spezifisch KMU-relevant. <i>Verbände:</i> Auch künftig angemessene Vertretung der EU-Mittelstands- und der Kohäsionsförderung im EU Haushalt wichtig. Reform der Einnahmenseite würde sich ebenfalls auf KMU auswirken. Zudem müsse der neue Finanzrahmen auf die Wettbewerbsfähigkeit Europas abzielen (zu viel Agrarsubventionen schädlich für den Standort Europa für KMU). legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q2/2018	
60.	Vorhaben ohne Relevanz für den Mittelstand Haushaltsordnung / Omnibus GD Haushaltsplan (BUDG) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 2	Eher nicht KUM-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union zur Änderung der VOen des EP und des Rates (EG) 2012/2002, (EU) 1296/2013, (EU) 1301/2013, (EU) 1303/201, (EU) 1304/2013, (EU) 1305/2013, (EU) 1306/2013, (EU) 1307/2013, (EU) 1308/2013, (EU) 1309/2013, (EU) 1316/2013, (EU) 223/2014, (EU) 283/2014 und (EU) 652/2014 und zur Änderung des Beschlusses 541/2014/EU des EP und des Rates COM(2016)605 – 2016/282 (COD)	

Justiz und Verbraucher

61.	Verbraucherschutz – Neue Rahmenbedingungen GD Justiz und Verbraucher (JUST) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. II, Nr. 8	KMU-relevante REFIT-Initiative: Gezielte Überarbeitung der EU-RLn zum Verbraucherschutz auf der Grundlage der Eignungsprüfung zu den EU-Rechtsvorschriften über Werbung und Verbraucherschutz, die am 23.05.17 abgeschlossen wurde; Initiative zur Verbesserung der Koordinierung und für wirksame Maßnahmen nationaler Verbraucherbehörden auf EU-Ebene sowie zur Stärkung der öffentlichen Durchsetzungsmaßnahmen und des Schutzes der Verbraucherrechte Verbraucherrechte sind von grundsätzlicher Relevanz für die Wirtschaft. <i>Verbände:</i> Keine grundlegenden Probleme und kein Verbesserungsbedarf bei der Durchsetzung von Verbraucherrechten (insb. ausreichende Abhilfemaßnahmen für Verbraucher und keine nennenswerten Kostenbelastungen). Bestehendes Verbraucherrecht mit seinen Durchsetzungsmechanismen in DEU ausreichend, neue Ansätze hin zu kollektivem Rechtsschutz nach amerikanischen Modell werden abgelehnt. Geldstrafen sollten nur als ultima ratio herangezogen werden und keine finanziellen Anreize für klagende oder abmahnende Verbände darstellen (sonst Verschärfung der bereits problematischen und z.T. missbräuchlichen Abmahnpraxis). E-Commerce und Versandhandel befürchten Informationspflichten und Restriktionen im Bereich Werbung. Legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q1/2018	Fahrplan (Englisch) Ein neuer Deal für Verbraucher – Überarbeitung der Richtlinie über Unterlassungsklagen
-----	--	--	--

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
62.	Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung GD Justiz und Verbraucher (JUST) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 41	KMU-relevanter Vorschlag: RL des EP und des Rates zur Änderung der Vierten EU-Geldwäsche-RL (EU) 2015/849 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und zur Änderung der RL 2009/101/EG Die Vierte EU-Geldwäscherichtlinie - insb. in der Umsetzung durch den deutschen Gesetzgeber - betrifft grundsätzlich alle Güterhändler, also auch KMU. <i>Verbände: Maßnahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung dürften (wie die Beschränkung von Bargeldzahlungen) nicht die Aktivitäten der legalen Realwirtschaft unproportional beeinträchtigen. Dies gelte auch für zusätzliche Dokumentationspflichten.</i> COM(2016)450 – 2016/0208 (COD)	Öffentliche Konsultationen abgeschlossene Konsultation Fahrpläne (Englisch) Breiterer Zugang zu zentralen Bankkontenregistern für Strafverfolgungsbehörden Verbesserung des grenzüberschreitenden Zugangs zu elektronischen Beweismitteln in Strafsachen
63.	Europäisches Reiseinformations- und -genehmigungssystem (ETIAS) GD Justiz und Verbraucher (JUST) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 42	KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates über ein Europäisches Reiseinformations- und -genehmigungssystem (ETIAS) und zur Änderung der VOen (EU) Nr. 515/2014, (EU) 2016/399, (EU) 2016/794 und (EU) 2016/1624 Reisebranche sowie Geschäftskontakte betroffen. COM(2016)731 – 2016/0357 (COD)	Fahrplan (Englisch) EU-Notreisedokument (ETD – Emergency Travel Document)
64.	Modernisierung der justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen GD Justiz und Verbraucher (JUST) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. II, Nr. 10 KOM-Arbeitsprogramm, Anh. II, Nr. 11	Eventuell KMU-relevante REFIT-Initiative: Überarbeitung der - VO (EG) 1393/2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den MS (Zustellung von Schriftstücken) und der - VO (EG) 1206/2001 über die Beweisaufnahme KMU könnten betroffen sein, soweit sie Partei in Zivil- oder Handelssachen sind, oder von allgemeinen Fragen zur Beweisaufnahme. Legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q2/2018	Öffentliche Konsultationen zurzeit keine abgeschlossene Konsultation abgeschlossene Konsultation Fahrpläne (Englisch) EU-Justizanzeiger 2018 Zustellung von Schriftstücken Beweisaufnahme
65.	Rechtsstaatlichkeit GD Justiz und Verbraucher (JUST) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 19	Eventuell KMU-relevante neue Initiative mit Blick auf das Jahr 2025: Verbesserung der Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit in der EU Soweit es um die Verbesserung der Rechtssicherheit und der Rechtsschutzsysteme geht, sind auch grenzüberschreitend tätige Unternehmen betroffen. Nicht legislativ, Q4/2018	

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
66.	Vollendung der Sicherheitsunion GD Justiz und Verbraucher (JUST) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 16	Eventuell KMU-relevante neue Initiative: <ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung der Agenda für die Sicherheitsunion und Fortsetzung der Bekämpfung des Terrorismus: Vorschläge zur Interoperabilität zwischen den EU-Informationssystemen für Sicherheits-, Grenz- und Migrationsmanagement <i>legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q4/2017</i> - Vorschlag zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Zugangs von Strafverfolgungsbehörden zu elektronischen Beweismitteln <i>legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q1/2018</i> - eine auf der Grundlage von REFIT erfolgende Überarbeitung der VO über den Vertrieb und die Nutzung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe <i>legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q2/2018</i> - Initiativen, um Strafverfolgungsbehörden den grenzüberschreitenden Zugang zu und die Nutzung von Finanzdaten zu erleichtern <i>legislativ, einschl. Folgenabschätzung / nicht legislativ, Q2/2018</i> Explosivstoffverordnung tangiert auch KMUs, da entsprechende Maßnahmen ergriffen werden müssen, die eine Weitergabe verhindern bzw. verdächtige Transaktionen feststellen.	Öffentliche Konsultationen Zurzeit keine abgeschlossene Konsultation Fahrpläne (Englisch) Breiterer Zugang zu zentralen Bankkontenregistern für Strafverfolgungsbehörden Verbesserung des grenzüberschreitenden Zugangs zu elektronischen Beweismitteln in Strafsachen
67.	Vorhaben ohne Relevanz für den Mittelstand Katastrophenschutzverfahren der EU GD Justiz und Verbraucher (JUST) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 17	Eher nicht KMU-relevante neue Initiative: Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Überarbeitung des Beschlusses 1313/2013/EU im Hinblick auf die Einrichtung eines umfassenden Katastrophenschutzmechanismus der EU mit eigenen operativen Kapazitäten Legislativ, Q4/2017	
68.	Ausweitung des Aufgabenfelds der neuen Europäischen Staatsanwaltschaft GD Justiz und Verbraucher (JUST) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 18	Eher nicht KMU-relevante neue Initiative mit Blick auf das Jahr 2025: Mitteilung über eine mögliche Ausweitung des Aufgabenfelds der neu geschaffenen Europäischen Staatsanwaltschaft auf die Bekämpfung von Terrorismus auf der Grundlage des Artikels 86 Absatz 4 AEUV Nicht legislativ, Q3/2018	
69.	Europäisches Strafregisterinformationssystem (ECRIS) GD Justiz und Verbraucher (JUST) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 43	Eher nicht KMU-relevanter Vorschlag: eine VO des EP und des Rates zur Einrichtung eines zentralisierten Systems für die Ermittlung der MS, in denen Informationen zu Verurteilungen von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen (TCN) vorliegen, sowie zur Ergänzung und Unterstützung des Europäischen Strafregisterinformationssystems (ECRIS) und zur Änderung der VO (EU) 1077/2011 (ECRIS-TCN) COM(2017)344 – 2017/144 (COD)	

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
70.	Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht (eu-LISA) GD Justiz und Verbraucher (JUST) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 44	Eher nicht KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates über eine Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht (eu-LISA) , zur Änderung der VO (EG) 1987/2006 und des Ratsbeschlusses 2007/533/JI sowie zur Aufhebung der VO (EU) 1077/2011 COM(2017)352 – 2017/145 (COD)	
71.	Gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen GD Justiz und Verbraucher (JUST) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 45	Eher nicht KMU-relevanter Vorschlag: eine VO des EP und des Rates über die gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen COM(2016)819 – 2016/0412 (COD)	

Maritime Angelegenheiten und Fischerei

72.	Überarbeitung des Fischereikontrollsystems Maritime Angelegenheiten und Fischerei (MARE) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. II, Nr. 3	Eventuell KMU-relevante REFIT-Initiative: Im Rahmen dieser Initiative soll der gegenwärtige Rechtsrahmen (VO (EG) 1224/2009 des Rates, VO (EG) 768/2005 des Rates, VO (EG) 1005/2008 des Rates) auf der Grundlage der Ergebnisse der Bewertung (SWD(2017)134) vereinfacht und wirksamer gemacht werden, u. a. durch Straffung der Vorschriften, Harmonisierung des Katalogs der schweren Verstöße, Verringerung des Verwaltungsaufwands und Förderung der Verwendung einheitlicher IT-Instrumente. Diese Initiative geht auf eine Stellungnahme der REFIT-Plattform zurück Legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q2/2018	Öffentliche Konsultationen zurzeit keine abgeschlossene Konsultation abgeschlossene Konsultation abgeschlossene Konsultation
-----	---	--	---

Migration und Inneres

73.	Einreise und Aufenthalt zur Ausübung einer umfassende Qualifikationen voraussetzenden Beschäftigung (Vorschlag „Blaue Karte EU“) GD Migration und Inneres (HOME) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 59	KMU-relevanter Vorschlag: RL des EP und des Rates über die Bedingungen für Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer umfassende Qualifikationen voraussetzenden Beschäftigung KMU sind auf Zuwanderung internationaler Fachkräfte auch aus Drittstaaten angewiesen, weil das inländische Potenzial alleine nicht ausreicht. Mittlerweile kommen mehr als 50% der internationalen Fachkräfte in Deutschland aus Drittstaaten und nicht mehr aus anderen MS. Änderungen der EU-Bluecard wären somit für deutsche KMU sehr relevant. <i>Verbände: Begrüßen erweiterte Möglichkeiten, Fachkräfte zu rekrutieren. Das Handwerk leidet teilweise an gravierenden Fachkräftengpässen. Damit nicht nur hochqualifizierte, sondern auch mittelqualifizierte Fachkräfte („Facharbeiter“) aus Drittstaaten kommen können, sollten die Schwellenwerte beim Mindesteinkommen nicht zu hoch sein.</i> COM(2016)378 – 2016/0176 (COD)	
-----	---	---	--

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
74.	Umsetzung der EU-Migrationsagenda GD Migration und Inneres (HOME) GD Gesundheit u. Lebensmittelsicherheit (SANTE) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 20	Eventuell KMU-relevante neue Initiative: <ul style="list-style-type: none"> - Gemeinsamer Visakodex Legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q1/2018 - Visa-Informationssystem (auf der Grundlage von REFIT) Legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q2/2018 - Netz von Verbindungsbeamten für Einwanderungsfragen (VO (EG) Nr. 377/2004 des Rates) Legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q2/2018 - Durch Impfung vermeidbare Krankheiten Verstärkte Zusammenarbeit Nicht legislativ, Q2/2018 	Öffentliche Konsultationen abgeschlossene Konsultation abgeschlossene Konsultation abgeschlossene Konsultation Konsultationen zu Migration im Überblick Fahrpläne (Englisch) Netz von Verbindungsbeamten für Einwanderungsfragen Die Zukunft der Visa-Politik
75.	Ausweisdokumente und Aufenthaltstitel GD Migration und Inneres (HOME) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. II, Nr. 9	Eventuell KMU-relevante REFIT-Initiative: Rechtsetzungsinitiative zur Verbesserung der Sicherheit der Ausweisdokumente und Aufenthaltstitel von EU-Bürgern und ihren Familienangehörigen aus Drittstaaten; diese Initiative geht auf eine Stellungnahme der REFIT-Plattform zurück <i>legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q2/2018</i>	
76.	Schengener Grenzkodex GD Migration und Inneres (HOME) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 46	Eventuell KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates zur Änderung der VO (EU) 2016/399 in Bezug auf die Vorschriften für die vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen COM(2017)571 – 2017/245 (COD)	
77.	Rückkehrausweise GD Migration und Inneres (HOME) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. II, Nr. 12	Eventuell KMU-relevante REFIT-Initiative: Überarbeitung des Vorschlags für eine RL des Rates zur Ersetzung des Beschlusses zur Ausarbeitung eines Rückkehrausweises Legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q2/2018	
78.	Schengener Informationssystem (SIS) GD Migration und Inneres (HOME) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 47	Eventuell KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems (SIS) <ul style="list-style-type: none"> - für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger COM(2016)881 – 2016/407 (COD) - im Bereich der Grenzkontrollen, zur Änderung der VO (EU) 515/2014 und zur Aufhebung der VO (EG) 1987/2006 COM(2016)882 – 2016/408 (COD) - im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen, zur Änderung der VO (EU) 515/2014 und zur Aufhebung der VO (EG) 1986/2006, des Beschlusses 2007/533/JI des Rates und des Beschlusses 2010/261/EU der KOM COM(2016)883 – 2016/409 (COD) 	

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
79.	Vorhaben ohne Relevanz für den Mittelstand Reform des Dublin-Systems GD Migration und Inneres (HOME) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 52	Eher nicht KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des MS , der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem MS gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung) COM(2016)270 – 2016/133 (COD)	
80.	Asylagentur / EASO GD Migration und Inneres (HOME) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 53	Eher nicht KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates über die Asylagentur der EU und zur Aufhebung der VO (EU) 439/2010 COM(2016)271 – 2016/131 (COD)	
81.	Fingerabdruck-Identifizierungssystem EURODAC (European Dactyloscopy) GD Migration und Inneres (HOME) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 54	Eher nicht KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates über die Einrichtung von EURODAC für: - Abgleich von Fingerabdruckdaten zur effektiven Anwendung der VO (EU) 604/2013 , - Feststellung der Identität illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger oder Staatenloser und - Anträge der Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden der MS und Europols auf den Abgleich mit Eurodac-Daten (Neufassung) COM(2016)272 – 2016/132 (COD)	
82.	Aufnahmebedingungen GD Migration und Inneres (HOME) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 55	Eher nicht KMU-relevanter Vorschlag: RL des EP und des Rates zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen (Neufassung) COM(2016)465 – 2016/0222 (COD)	
83.	Asylanerkennung GD Migration und Inneres (HOME) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 56	Eher nicht KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz , einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder Personen mit Anspruch auf subsidiären Schutz sowie zur Änderung der RL 2003/109/EG des Rates betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen COM(2016)466 – 2016/0223 (COD)	
84.	Asylverfahren GD Migration und Inneres (HOME) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 57	Eher nicht KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates zur Einführung eines gemeinsamen Verfahrens zur Gewährung internationalen Schutzes in der Union und zur Aufhebung der RL 2013/32/EU COM(2016)467 – 2016/0224 (COD)	
85.	Neuansiedlungsrahmen der Union GD Migration und Inneres (HOME) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 58	Eher nicht KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates zur Schaffung eines Neuansiedlungsrahmens der Union und zur Änderung der VO (EU) 516/2 N014 des EP und des Rates COM(2016)468 – 2016/0225 (COD)	

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
-----	---------------------------	--	-----------------------

Mobilität und Verkehr

86.	<p>Straßenverkehr – Paket „Europa in Bewegung“ GD Mobilität und Verkehr (MOVE) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 17</p>	<p>KMU-relevante Vorschläge für RLn des EP und des Rates:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge (Änderung der RL 1999/62/EG) KOM plant zur Eurovignette, ab 2020 alle Nutzfahrzeuge über 3,5 t zulässigem Gesamtgewicht (zGG) in bestehende streckenabhängige Mautsysteme einzubeziehen. Aus Sicht des Handwerks ist die verbindliche Ausdehnung der streckenbezogenen Lkw-Maut auf Fahrzeuge unter 7,5 bzw. 12 t zGG sowie die mittelfristig angestrebte Ausdehnung auf den Bereich unter 3,5 t abzulehnen. Die bestehenden Ausnahmen in der EU-Richtlinie für Fahrzeuge zwischen 3,5 und 12 t sollten erhalten bleiben. Die Entscheidung über Mauterhebung unterhalb von 12 t sollten auch zukünftig vollumfänglich den MS vorbehalten bleiben. COM(2017)275 – 2017/114 (COD) COM(2017)276 – 2017/115 (COD) - Interoperabilität elektronischer Mautsysteme und leichter grenzüberschreitender Informationsaustausch über die Nichtzahlung von Straßenbenutzungsgebühren (Neufassung) COM(2017)280 – 2017/128 (COD) - Verwendung von ohne Fahrer gemieteten Fahrzeugen im Güterkraftverkehr (Änderung der RL 2006/1/EG) COM(2017)282 – 2017/113 (COD) - Entsendung von Kraftfahrern: Durchsetzungsanforderungen und Festlegung spezifischer Regeln im Zusammenhang mit der RLen 96/71/EG und 2014/67/EU (Änderung der RL 2006/22/EG) COM(2017)278 – 2017/121 (COD) <p>KMU-relevante Vorschläge für VOen des EP und des Rates:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anforderungen an mind. Fahrtunterbrechungen und max. Lenk- und Ruhezeiten (Änderung der VO (EG) 561/2006) Die Vorschläge zur Regulierung von wöchentlichen Ruhezeiten scheinen angemessen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Transportgewerbe, sollten aber nicht auf das Handwerk ausgedehnt werden. COM(2017)277 – 2017/122 (COD) - Anforderungen an die Positionsbestimmung per Fahrtenschreibern (Änderung der VO (EU) 165/2014) Das Handwerk fordert, die bestehenden Regelungen zu digitalen Tachographen keinesfalls auch auf Fahrzeuge mit weniger als 3,5 Tonnen zGG auszudehnen. COM(2017)277 – 2017/122 (COD) - Überwachung/Meldung von CO₂-Emissionen und Kraftstoffverbrauch neuer schwerer Nutzfahrzeuge COM(2017)279 – 2017/111 (COD) - Anpassung an die Entwicklungen im Kraftverkehrssektor (Änderung der VOen (EG) 1071 und 1072/2009) COM(2017)281 – 2017/0123 (COD) 	<p>Öffentliche Konsultationen Empfehlung für vernetzte und automatisierte Mobilität (CAM) (Englisch, Frist: 04.12.18) abgeschlossene Konsultation</p> <p>Fahrpläne (Englisch) Kooperative, vernetzte und automatisierte Mobilität (CCAM) Bewertung der Transeuropäischen Verkehrsnetz-Leitlinien (TEN-T) CO₂-Emissionsnormen für schwere Nutzfahrzeuge Anforderungen für die Teilnahme von selbstfahrenden Maschinen am Straßenverkehr</p>
-----	---	--	--

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
87.	Anerkennung elektronischer Frachtpapiere durch Behörden und / oder Geschäftspartner GD Mobilität und Verkehr (MOVE) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. II, Nr. 4	KMU-relevante REFIT-Initiative: Bessere Nutzung der Digitalisierung im Verkehrssektor durch Förderung der Anerkennung elektronischer Frachtpapiere und deren breitere Verwendung durch Frachtführer Legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q2/2018	Öffentliche Konsultationen zurzeit keine abgeschlossene Konsultation
88.	Seeverkehr – Initiative „einziges Fenster“ für Meldeformalitäten GD Mobilität und Verkehr (MOVE) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. II, Nr. 5	Eventuell KMU-relevante REFIT-Initiative: Überarbeitung der RL 2010/65/EU über Meldeformalitäten für Schiffe beim Einlaufen in und/oder Auslaufen aus Häfen der MS Nur für die Tourismusbranche relevant. Legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q2/2018	Öffentliche Konsultationen zurzeit keine abgeschlossene Konsultation Fahrpläne (Englisch) Ausbildung von Seeleuten und gegenseitige Anerkennung von Zeugnissen durch die MS Digitale Instrumente zur Einhaltung der Rechtsvorschriften für den Binnenschiffsverkehr
89.	Transeuropäisches Verkehrsnetz – TEN-V-Investitionen GD Mobilität und Verkehr (MOVE) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. II, Nr. 6	Eventuell KMU-relevante REFIT-Initiative: VO zur Straffung der Maßnahmen für eine raschere Durchführung der Vorhaben von gemeinsamem Interesse im transeuropäischen Verkehrsnetz Legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q1/2018	Öffentliche Konsultationen zurzeit keine abgeschlossene Konsultation abgeschlossene Konsultation abgeschlossene Konsultation Fahrpläne (Englisch) Regeln für unbemannte Flugzeuge Regeln für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der EU

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
-----	---------------------------	--	-----------------------

Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen

90.	Umsetzung der globalen Strategie Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen (NEAR) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 21	Eventuell KMU-relevante neue Initiative: EU-Strategie <ul style="list-style-type: none"> - zur Intensivierung der Beziehungen zwischen Europa und Asien, - zu einer erneuerten Partnerschaft mit Lateinamerika und der Karibik und - zu neuen Rahmenregelungen für die Zusammenarbeit mit Indien, Iran und Irak Nicht legislativ, Q1 und Q2/2018	Fahrplan (Englisch) Elemente für eine EU-Strategie zur Intensivierung der Beziehungen zwischen Europa und Asien
91.	Glaubwürdige Erweiterungsperspektive Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen (NEAR) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 22	Eventuell KMU-relevante neue Initiative mit Blick auf das Jahr 2025: Strategie für eine erfolgreiche EU-Aufnahme von Serbien und Montenegro als Vorläuferkandidaten auf dem westlichen Balkan, mit besonderem Schwerpunkt auf Rechtsstaatlichkeit, Grundrechten, Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität sowie der allgemeinen Stabilität der Region <i>Verbände: Sehen neues Marktpotenzial für KMU.</i> Nicht legislativ, Q1/2018	Öffentliche Konsultationen zurzeit keine abgeschlossene Konsultation
92.	Effizientere und kohärentere Umsetzung der Gemeinsamen Außenpolitik Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen (NEAR) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 23	Eventuell KMU-relevante neue Initiative mit Blick auf das Jahr 2025: Mitteilung über einen möglichen intensiveren Rückgriff auf die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit in der Gemeinsamen Außenpolitik auf der Grundlage des Artikels 31 Absatz 3 EUV sowie zur Steigerung der Kohärenz der Gemeinsamen Außenpolitik Nicht legislativ, Q3/2018	Fahrplan (Englisch) Externe Bewertung der EU-Unterstützung für Konfliktprävention und Friedensbildung

Steuern und Zollunion

93.	Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) GD Steuern und Zollunion (TAXUD) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 24	KMU-relevanter Vorschlag: RLn des Rates zu: <ul style="list-style-type: none"> - Gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage COM(2016)685; 2016/0337 (CNS); 25.10.16 - Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) COM(2016)683; 2016/0336 (CNS); 25.10.16 Relevant für alle Unternehmen, da die Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer vereinheitlicht wird, und damit für Kapitalgesellschaften unter den KMU. Schwellenwert zwar derzeit oberhalb KMU, aber Absenkung denkbar. <i>Verbände: Begrüßen die Initiative im Grundsatz für grenzüberschreitende Aktivitäten. Die Harmonisierung der Körperschaftssteuergrundlage sollte aber mit einer Konsolidierung einhergehen.</i>	Öffentliche Konsultationen zurzeit keine Steuerkonsultationen im Überblick Zollkonsultationen im Überblick
-----	--	---	--

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
94.	Allgemeines Zoll- und Verbrauchsteuersystem GD Steuern und Zollunion (TAXUD) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. II, Nr. 7	KMU-relevante REFIT-Initiative: Überarbeitung der RL 2008/118/EG zum Zwecke der Angleichung und der Gewährleistung von Kohärenz zwischen den Zoll- und Verbrauchsteuervorschriften , der Erhöhung der Rechtssicherheit und der Sicherstellung der einheitlichen Anwendung des EU-Rechts Das am 05.12.17 vom Ecofin beschlossene Paket enthält auch Regelungen für KMU. <i>Verbände:</i> Befürworten eine weitere Angleichung und Vereinfachung, insb. wegen des Problems von formalen Fehlern mit Folge einer Doppelbesteuerung. Initiative aber nur relevant für die wenigen Hersteller von Produktionsgütern für verbrauchsteuerpflichtige Waren (z.B. Zigarettenproduktion, Kaffee). Legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q1/2018	Öffentliche Konsultationen Initiative „einziges Fenster“ für die Zollverwaltung (Englisch, Frist: 16.01.19) Steuerkonsultationen im Überblick Zollkonsultationen im Überblick Fahrpläne (Englisch) Verbrauchssteuern auf Tabakwaren Initiative „einziges Fenster“ für die Zollverwaltung Änderung des EU-Zollkodex
95.	Eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft GD Steuern und Zollunion (TAXUD) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 7	KMU-relevante neue Initiative: Vorschlag zur Festlegung von Regeln auf EU-Ebene zur Besteuerung der Gewinne , die multinationale Unternehmen durch die digitale Wirtschaft erzielen Das am 05.12.17 vom Ecofin beschlossene Paket enthält auch Regelungen für KMU. Relevant für Unternehmen mit grenzüberschreitenden digitalen Transaktionen. Die Regeln könnten je nach Ausgestaltung auch KMU der Digitalwirtschaft betreffen. Inwieweit dies der Fall ist, wird von den genaueren Regeln abhängen, nach denen die digitale Wirtschaft besteuert werden soll. <i>Verbände:</i> Begrüßen diese Initiative – nicht zuletzt auch um zu verhindern, dass digitale Unternehmen ihre Gewinne in Steueroasen verschieben und dadurch die Steuerlast überproportional von denjenigen KMU getragen wird, die diese Möglichkeit nicht haben. Die deutsche Kreditwirtschaft mahnt zur Vorsicht und schlägt vor, zunächst zu prüfen, ob nicht durch eine Anpassung der Besteuerung über die Ertragsteuern (ESt und KSt) zusätzlich zur Umsatzsteuer Abhilfe geschaffen werden kann. Legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q1/2018	Öffentliche Konsultationen Zurzeit keine abgeschlossene Konsultation Steuerkonsultationen im Überblick Zollkonsultationen im Überblick Fahrplan (Englisch) Faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft
96.	Mehrwertsteuersätze für Bücher, Zeitungen und Zeitschriften GD Steuern und Zollunion (TAXUD) KOM-Arbeitsprogramm, Anh.III, Nr. 26	KMU-relevanter Vorschlag: RL des Rates zur Änderung der RL 2006/112/EG des Rates in Bezug auf die MWSt-Sätze für Bücher, Zeitungen und Zeitschriften Von der Anpassung des Steuersatzes für elektronische Bücher, Zeitschriften und Zeitschriften profitieren die Herausgeber entsprechender Werke sowie die Verbraucher. COM(2016)758 – 2016/374 (CNS)	

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
97.	Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer GD Steuern und Zollunion (TAXUD) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 25	Eventuell KMU-relevanter Vorschlag: VO des Rates zur Änderung der VO (EU) 904/2010 des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer (MwSt) Unter anderem Sammlung von Daten und Nachweisen, die zur Bewertung der Rechnungslegungsvorschriften der zweiten Rechnungsstellungs-RL 2010/45/EU erforderlich sind. Die Bekämpfung von Steuerbetrug ist ein Gebot der Fairness gegenüber steuererhrlichen Unternehmen. <i>Verbände:</i> Als Teil der neuen Binnenmarktstrategie - weg vom Ursprungslandprinzip hin zum Bestimmungslandprinzip - relevant für den grenzüberschreitenden Handel mit Waren und Dienstleistungen. KMU evtl. betroffen durch Einführung neuer Vorschriften und mgl. Verwaltungsaufwand. Verweis auch auf <i>Bedenken des Bundesrates: Drucksachen 728/16(B) (PDF, 80 KB) und 729/16(B) (PDF, 80 KB).</i> COM(2016)755 – 2016/371 (CNS)	Öffentliche Konsultationen zurzeit keine abgeschlossene Konsultation abgeschlossene Konsultation Fahrpläne (Englisch) Erneuerung der der Betrugsbekämpfungsstrategie der KOM Änderung der VO Nr. 883/2013 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF – Office européen de lutte antifraude)
98.	Automatischer Informationsaustausch im Bereich der Besteuerung GD Steuern und Zollunion (TAXUD) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 28	Eventuell KMU-relevanter Vorschlag: RL des Rates zur Änderung der RL 2011/16/EU bezüglich des verpflichtenden automatischen Informationsaustauschs im Bereich der Besteuerung über meldepflichtige grenzüberschreitende Modelle Der RL-Vorschlag sieht Meldepflichten für Intermediäre wie Steuerberater, Buchhalter, Banken und Anwälte vor, die grenzüberschreitende Steuerplanungsstrategien für Kunden ausarbeiten und empfehlen. Jede Steuerstrategie, die die in der RL definierten Kennzeichen aufweist, soll innerhalb von fünf Tagen ab Bereitstellung an einen Kunden - der grundsätzlich auch ein KMU sein kann -, der zuständigen Steuerbehörde gemeldet werden. Die MS werden dann diese Informationen über eine zentrale Datenbank automatisch austauschen. KMU stehen dabei sicherlich nicht im Fokus, können aber theoretisch betroffen sein, sofern sie entsprechende Steuergestaltungen nutzen. <i>Verbände:</i> Vorhaben zu bürokratisch und inhaltlich zu unbestimmt. Das Handwerk kritisiert, dass große multinationale Konzerne sich ggü. KMU einen Wettbewerbsvorteil verschaffen können, indem sie Gewinne unternehmensintern in denjenigen Steuerraum mit den niedrigsten Steuersätzen verschieben. Um aggressive Steueroptimierungsmodelle aufzudecken, sollten diese Praktiken offengelegt werden müssen. COM(2017)335 – 2017/138 (CNS)	Fahrplan (Englisch) Bewertung der administrativen Zusammenarbeit bei der direkten Besteuerung
99.	Offenlegung von Ertragsteuerinformationen GD Steuern und Zollunion (TAXUD) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 27	Eventuell KMU-relevanter Vorschlag: RL des EP und des Rates zur Änderung der RL 2013/34/EU im Hinblick auf die Offenlegung von Ertragsteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen Nach dem RL-Vorschlag sollen multinationale Unternehmen mit einem weltweiten konsolidierten Umsatz von mehr als 750 Mio. € einen Ertragssteuerinformationsbericht offenlegen, wenn sie in der EU tätig sind. Aufgrund des Größenkriteriums sollten KMU nicht betroffen sein. <i>Verbände:</i> Schwellenwert zwar derzeit oberhalb KMU, aber Absenkung denkbar. COM(2016)198 – 2016/107 (COD)	Öffentliche Konsultationen zurzeit keine abgeschlossene Konsultation

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
-----	---------------------------	--	-----------------------

Umwelt

100.	Kreislaufwirtschaft – Paket GD Umwelt (ENV) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 3	<ol style="list-style-type: none"> 1. KMU-relevanter Vorschlag: RLn des EP und des Rates zur Änderung der <ul style="list-style-type: none"> - RL 2000/53/EG über Altfahrzeuge, RL 2006/66/EG über (Alt-)Batterien und Akkumulatoren - RL 2012/19/EU über Elektro- und Elektronik-Altgeräte - RL 2008/98/EG über Abfälle - RL 1999/31/EG über Abfalldeponien - RL 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle COM(2015)593 COM(2015)595 COM(2015)594 COM(2015)596 2. Bewertung der VO (EG) Nr. 1013/2006 über die Verbringung von Abfällen <i>Verbände: Branchenabhängige Relevanz: Der Maschinen- und Anlagenbau ist Inverkehrbringer, Vetreiber und Hersteller von Batterien, Elektrogeräten und Verpackungen, die Hotellerie und Gastronomie abfallerzeugende Branche. Das Handwerk fokussiert insb. die RL über Abfälle (v.a. Art. 26). Das Ziel, die Vermeidung von Lebensmittelabfällen zu messen und zu reduzieren (Art. 9) sei grundsätzlich zu unterstützen. Allerdings müsse die Messmethodik unter Einbindung aller Betroffenen (MS, Wirtschaft, Verbraucher) erarbeitet und nicht eigenmächtig mittels delegierter Rechtsakte durch die KOM bestimmt werden. Neue Dokumentations-, Informations-, Kennzeichnungs-, Registrier-, Systembeteiligungs- und systemfremde Rücknahmepflichten befürchtet.</i> 	Öffentliche Konsultationen zurzeit keine abgeschlossene Konsultation Fahrplan (Englisch) Altfahrzeuge – Bewertung der EU-Gesetzgebung Hin zu einem europäischen produktpolitischen Rahmen, der zur Kreislaufwirtschaft beiträgt
------	---	---	--

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
101.	Kreislaufwirtschaft – Umsetzung des Aktionsplans GD Umwelt (ENV) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 1	KMU-relevante neue Initiative: <ul style="list-style-type: none"> - Wiederverwendung von Kunststoffen Strategie für Verwendung, Recycling und Wiederverwendung Nicht legislativ, Q4/2017 - Überarbeitung der Kommunalen Abwasser-RL 91/271/EWG Mindestqualitätsanforderungen an wiederverwendetes Wasser Vorschlag für eine VO Legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q4/2017 - Überarbeitung der Trinkwasser-RL 98/83/EG auf der Grundlage von REFIT Legislativ, einschl. Folgenabschätzung, Q4/2017 - Beseitigung rechtlicher, technischer, praktischer Engpässe an der Schnittstelle zu chemischen, produkt- und abfallspezifischen Rechtsvorschriften Nicht legislativ, Q4/2017 - Überwachungsrahmen für die Kreislaufwirtschaft Nicht legislativ, Q4/2017 <p><i>Verbände: Branchenabhängige Relevanz, z.B. für Hotellerie und Gastronomie. Für das Handwerk relevant die Überarbeitung der Trinkwasser-RL (insb. mit Blick auf Art. 10) und Beseitigung rechtlicher, technischer oder praktischer Engpässe an der Schnittstelle zu chemischen, produkt- und abfallspezifischen Rechtsvorschriften. Befürchtung neuer systemfremder Rücknahme-, Informations und Systembeteiligungspflichten. Forderung nach besserem, wettbewerbsrechtlich nicht angreifbarem Austausch zwischen Industrie und Handel zur Schaffung vom Kunden akzeptierter wiederverwendbarer Produkte und Verpackungen.</i></p>	Öffentliche Konsultation Fitness-Check der Wasserrahmen-RL und der Hochwasser-RL (Englisch, Frist: 04.03.19) abgeschlossene Konsultation abgeschlossene Konsultation Fahrpläne (Englisch) Fitness-Check der Wasserrahmen-RL und der Hochwasser-RL Aktualisierung der Bioökonomie-Strategie 2012 Anpassung der Umweltberichts-pflichten Strategie für Kunststoff in einer Kreislaufwirtschaft Allgemeine Informationen Sauberes Trinkwasser für alle Euro-päer
102.	Umweltüberwachung und -berichterstattung – Folgemaßnahmen zur Eignungsprüfung GD Umwelt (ENV) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. II, Nr. 1	KMU-relevante REFIT-Initiative: Straffung der Anforderungen , die sich aus der Eignungsprüfung in Bezug auf Umweltüberwachung und -berichterstattung ergeben. Bewertung der RL 2001/42/EG über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter öffentlicher Pläne und Programme (SUP-Richtlinie). <p><i>Verbände: Befürchten zusätzliche Dokumentation, Datenmanagement, Anpassung der Umweltmanagementsysteme und behördliche Vorgaben.</i></p> Nicht legislativ, Q1/2018	Öffentliche Konsultationen zurzeit keine abgeschlossene Konsultation abgeschlossene Konsultation abgeschlossene Konsultation Fahrpläne (Englisch) Umsetzung der Aarhus-Konvention Reduzierung von Abfällen im Meer (Einweg-Kunststoffe u. Fanggeräte) Bestäuber-Initiative der EU Allgemeine Informationen Bestäuber-Initiative der EU (Engl.)

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
Eine Union des demokratischen Wandels			
103.	Weniger, aber effizienter Generalsekretariat (SG) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 25	KMU-relevante neue Initiative mit Blick auf das Jahr 2025: Mitteilung über die weitere Förderung der Subsidiarität, der Verhältnismäßigkeit und der besseren Rechtsetzung im täglichen Betrieb der EU <i>Verbände: Initiative sehr relevant auch für den Mittelstand. Sie könne dazu beitragen, unnötige, doppelte oder unverhältnismäßige regulatorische Belastungen zu vermeiden – vorausgesetzt, die KOM werde nur dann tätig, wenn dies einen wirklichen Mehrwert erbringe.</i> Nicht legislativ, Q3/2018	Öffentliche Konsultationen zurzeit keine abgeschlossene Konsultation Fahrpläne (Englisch) Bewertung der europäischen Strategie für die juristische Ausbildung Europäische Strategie für die juristische Ausbildung 2019-2025 Allgemeine Informationen KOM-Priorität: Mehr Demokratie in der EU
104.	Ein effizienteres und demokratisches Europa Generalsekretariat (SG) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 26	Eventuell KMU-relevante neue Initiative mit Blick auf das Jahr 2025: Mitteilung über Möglichkeiten zur Steigerung der Effizienz an der Spitze der EU Nicht legislativ, Q3/2018	Allgemeine Informationen KOM-Priorität: Mehr Demokratie in der EU
105.	Europa vermitteln Generalsekretariat (SG) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. I, Nr. 24	Eventuell KNU-relevante neue Initiative: Mitteilung „So kann die Union im Bereich der Kommunikation enger vereint, stärker und demokratischer werden“. <i>Verbände: Auch die Kommunikation mit Stakeholdern - also die Interessen der KMU - betroffen, die von ihnen vertreten werden.</i> Nicht legislativ, Q2/2018	Öffentliche Konsultationen zurzeit keine abgeschlossene Konsultation Allgemeine Informationen KOM-Priorität: Mehr Demokratie in der EU

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens	Gegenstand, Ziele und KMU-Relevanz des Vorhabens	Informationen der KOM
106.	<p><u>Vorhaben ohne Relevanz für den Mittelstand</u> Europäisches Solidaritätskorps Generalsekretariat (SG) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 63</p>	<p>Eher nicht KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates zur Festlegung des rechtlichen Rahmens des Europäischen Solidaritätskorps sowie zur Änderung der VOen (EU) 1288/2013; (EU) 1293/2013; (EU) 1303/2013, (EU) 1305/2013; (EU) 1306/2013 und des Beschlusses 1313/2013/EU Für die allermeisten KMU dürfte dieses Programm keine Relevanz haben, da voraussichtlich nur sehr wenige KMU in DEU (wenn überhaupt) Solidaritätsprojekte durchführen werden. <i>Verbände: Für das Handwerk könnte diese Initiative allenfalls für Gesellen und junge Arbeitnehmer, und auch dann nur bei flexibler Handhabung der Zielsetzungen einschlägig sein. Diese jungen Menschen könnten auch längere zeitlich begrenzte bezahlte Arbeitsphasen mit dem Ziel ableisten, Arbeitserfahrungen in solidaritätsnahen Sektoren sammeln und so ihren Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern.</i> COM(2017)262 – 2017/0102 (COD)</p>	
107.	<p>VO über das Ausschussverfahren Generalsekretariat (SG) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 64</p>	<p>Eher nicht KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates zur Änderung der VO (EU) 182/2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die MS die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die KOM im Rahmen des Ausschussverfahrens kontrollieren COM(2017)85 – 2017/35 (COD)</p>	
108.	<p>Europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen Generalsekretariat (SG) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 65</p>	<p>Eher nicht KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates zur Änderung der VO (EU, Euratom) Nr. 1141/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen COM(2017)481 – 2017/219 (COD)</p>	
109.	<p>Europäische Bürgerinitiative Generalsekretariat (SG) KOM-Arbeitsprogramm, Anh. III, Nr. 66</p>	<p>Eher nicht KMU-relevanter Vorschlag: VO des EP und des Rates über die Europäische Bürgerinitiative COM(2017)482 – 2017/220 (COD)</p>	

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens Stelle im Arbeitsprogramm	Begründung der Rücknahme / Aufhebung
-----	--	--------------------------------------

Geplante Rücknahmen (Anhang IV) und Aufhebungen überholter Vorschriften (Anhang V)

Außen- und Sicherheitspolitik

1.	Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit mit der Andengemeinschaft Rücknahme des Vorschlags für einen Beschluss des Rates über den Abschluss dieses Abkommens. KOM(2003) 695; 2003/0268 (CNS) KOM-Arbeitsprogramm, Anhang IV, Nr. 4	Nicht mehr aktuell: Der Vorschlag wurde durch den Gemeinsamen Vorschlag JOIN(2016) 4 vom 3. Februar 2016 ersetzt.
2.	Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit mit Georgien Rücknahme des Vorschlags für einen Beschluss des Rates über den Standpunkt der Union in dem durch das Abkommen eingesetzten Kooperationsrat mit Blick auf die Annahme einer Empfehlung zur Umsetzung der Assoziierungsagenda. COM(2014) 360; 2014/0182 (NLE) KOM-Arbeitsprogramm, Anhang IV, Nr. 5	Nicht mehr aktuell: Die Assoziierungsagenda wurde am 23. Juni 2014 vom Rat (Auswärtige Angelegenheiten) angenommen (Georgien - ST 10978/14, ABl. L 261 vom 30.8.2014).
3.	Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit mit Moldau Rücknahme des Vorschlags für einen Beschluss des Rates über den Standpunkt der Union in dem durch das Abkommen eingesetzten Kooperationsrat mit Blick auf die Annahme einer Empfehlung zur Umsetzung der Assoziierungsagenda. COM(2014) 359; 2014/0181 (NLE) KOM-Arbeitsprogramm, Anhang IV, Nr. 6	Nicht mehr aktuell: Die Assoziierungsagenda wurde am 23. Juni 2014 vom Rat (Auswärtige Angelegenheiten) angenommen (Moldau - ST 9621/14, I/A-Punkt-Vermerk).
4.	Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation mit dem Libanon Rücknahme des Vorschlags für einen Beschluss des Rates über den Standpunkt der Union in dem durch das Abkommen eingesetzten Assoziationsrat im Hinblick auf die Annahme einer Empfehlung zur Umsetzung des zweiten ENP-Aktionsplans. JOIN(2013) 14; 2013/0149 (NLE) KOM-Arbeitsprogramm, Anhang IV, Nr. 7	Mit dem Beschluss Nr. 1/2016 des Assoziationsrates EU-Libanon vom 11. November 2016 über die Partnerschaftsprioritäten EU-Libanon wurden anstelle einer Erneuerung des ENP-Aktionsplans Partnerschaftsprioritäten und ein Pakt angenommen. Der Gemeinsame Vorschlag JOIN(2013) 14 ist daher nicht mehr aktuell.

Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU

5.	Verbringung von zugelassenen KFZ innerhalb des Binnenmarkts Rücknahme des Vorschlags für eine VO des EP und des Rates zur Vereinfachung der Verbringung. COM(2012) 164; 2012/0082 (COD) KOM-Arbeitsprogramm, Anhang IV, Nr. 8	Keine Einigung in Sicht. In dieser Frage sind seit 2012 keine Fortschritte zu verzeichnen. Die KOM wird die Frage erneut prüfen und insb. eine aktuelle Folgenabschätzung anstoßen.
----	--	---

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens <i>Stelle im Arbeitsprogramm</i>	Begründung der Rücknahme / Aufhebung
-----	---	--------------------------------------

Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

6.	Beitritt der EU zum Internationalen Beratenden Baumwollausschuss (ICAC) Rücknahme des Vorschlags für einen Beschluss des Rates. <i>KOM(2011) 861; 2011/0420 (NLE). KOM-Arbeitsprogramm, Anhang IV, Nr. 9</i>	Nicht mehr aktuell: Der Rat hat am 18. Mai 2017 auf der Grundlage eines aktualisierten Vorschlags der KOM (COM(2016)712 - 2016/0349 (NLE)) einen Beschluss angenommen.
----	--	--

Justiz, Verbraucher und Gleichstellung

7.	Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem einzigen Gesellschafter Rücknahme des Vorschlags für eine RL des EP und des Rates. <i>COM(2014) 212; 2014/0120 (COD)</i> <i>KOM-Arbeitsprogramm, Anhang IV, Nr. 10</i>	Wie in den schriftlichen Antworten auf Fragen des "Panama-Papers"- Untersuchungsausschusses erwähnt wurde, wird erwogen, diesen Vorschlag zurückzunehmen. Die KOM beabsichtigt, im 4. Quartal 2017 neue Vorschläge zum Gesellschaftsrecht vorzulegen; der Vorschlag soll anschließend zurückgenommen werden.
8.	Geldwäsche, Ermittlung, Einfrieren, Beschlagnahme und Einziehung von Tatwerkzeugen und Erträgen aus Straftaten Aufhebung der gemeinsamen Maßnahme 98/699/JI des Rates <i>KOM-Arbeitsprogramm, Anhang V, Nr. 3</i>	Dieses Instrument wurde für alle an der RL 2014/42/EU über die Sicherstellung und Einziehung von Tatwerkzeugen und Erträgen aus Straftaten in der Europäischen Union teilnehmenden MS (alle außer Dänemark und das Vereinigte Königreich) durch diese RL vollumfänglich ersetzt. Der Großteil ihrer Bestimmungen waren bereits durch den Rahmenbeschluss 2001/500/JI des Rates über Geldwäsche sowie Ermittlung, Einfrieren, Beschlagnahme und Einziehung von Tatwerkzeugen und Erträgen aus Straftaten ersetzt worden, die auch in Dänemark und im Vereinigten Königreich anwendbar ist. Ihre übrigen Bestimmungen sind nicht rechtsverbindliche allgemeine Empfehlungen, die nunmehr lediglich auf Dänemark und das Vereinigte Königreich anwendbar sind.

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

9.	Direktzahlungen für das Kalenderjahr 2017 Rücknahme des Vorschlags für eine VO des EP und des Rates zur Festsetzung des in der VO (EU) 1306/2013 vorgesehenen Anpassungssatzes. <i>COM(2017)150; 2017/0068 (COD)</i> <i>KOM-Arbeitsprogramm, Anhang IV, Nr. 1</i>	Nicht mehr aktuell: Dieser Punkt wurde im Rahmen der Durchführungsverordnung (EU) 2017/1236 der KOM vom 7. Juli 2017 geregelt.
----	---	--

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens Stelle im Arbeitsprogramm	Begründung der Rücknahme / Aufhebung
-----	--	--------------------------------------

Maritime Angelegenheiten und Fischerei

10.	Heringsbestand westlich Schottlands und Fischereien, die den Bestand befischen a) Rücknahme des Vorschlags für eine VO des EP und des Rates zur Änderung der VO (EG) 1300/2008 des Rates zur Festlegung eines Mehrjahresplans. <i>KOM(2011) 760; 2011/0345 (COD)</i> <i>KOM-Arbeitsprogramm, Anhang IV, Nr. 11</i> b) Aufhebung der VO (EG) 1300/2008 des Rates vom 18. Dezember 2008 <i>KOM-Arbeitsprogramm, Anhang V, Nr. 1</i>	a) Dieser Vorschlag wird hinfällig, sobald die VO Nr. 1300/2008 des Rates vom 18. Dezember 2008 zur Festlegung eines Mehrjahresplans für den Heringsbestand des Gebietes westlich Schottlands (siehe Anhang V) wie vorgeschlagen aufgehoben wird. b) Dieser Mehrjahresplan für den Heringsbestand wird nicht mehr angewandt, da seine Referenzpunkte überholt sind. Die VO Nr. 1300/2008 kann daher aufgehoben werden.
11.	Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik Rücknahme des Vorschlags für eine VO des EP und des Rates zur Änderung der VO (EG) 1224/2009 des Rates zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung. <i>COM(2013) 9; 2013/0007 (COD)</i> <i>KOM-Arbeitsprogramm, Anhang IV, Nr. 12</i>	Die KOM beabsichtigt, im 2. Quartal 2018 einen neuen Vorschlag über die grundlegende Überarbeitung des Fischereikontrollsystems vorzulegen.

Migration, Inneres und Bürgerschaft

12.	Einführung eines Rundreise-Visums und Visakodex der Union a) Rücknahme des Vorschlags für eine VO des EP und des Rates und zur Änderung des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen sowie der VOen (EG) Nr. 562/2006 und (EG) Nr. 767/2008. <i>COM(2014) 163; 2014/0095 (COD)</i> <i>KOM-Arbeitsprogramm, Anhang IV, Nr. 13</i> b) Rücknahme des Vorschlags für eine VO des EP und des Rates über den Visakodex der Union. <i>COM(2014) 164; 2014/0094 (COD)</i> <i>KOM-Arbeitsprogramm, Anhang IV, Nr. 14</i>	Beide Vorschläge sollen im Rahmen des für das 1. Quartal 2018 geplanten Vorschlags für einen überarbeiteten Visakodex zurückgenommen werden.
-----	---	--

Verkehr

13.	Flugplätze, Flugverkehrsmanagement und Flugsicherungsdienste Rücknahme des Vorschlags für eine VO des EP und des Rates zur Änderung der VO (EG) 216/2008. <i>COM(2013) 409; 2013/0187 (COD)</i> <i>KOM-Arbeitsprogramm, Anhang IV, Nr. 15</i>	Diese Fragen wurden in den neuen Vorschlag zur Errichtung der EASA (COM(2015)613) aufgenommen, der sich derzeit im interinstitutionellen Verfahren befindet. Der Vorschlag wird somit hinfällig werden.
-----	--	---

Nr.	Bezeichnung des Vorhabens <i>Stelle im Arbeitsprogramm</i>	Begründung der Rücknahme / Aufhebung
-----	---	--------------------------------------

Wirtschaft und Finanzen, Steuern und Zollunion

14.	Bereitstellung der Eigenmittel auf der Grundlage der Mehrwertsteuer Rücknahme des Vorschlags für eine VO des Rates zur Festlegung der Methoden und Verfahren. <i>KOM(2011) 737; 2011/0333 (CNS)</i> <i>KOM-Arbeitsprogramm, Anhang IV, Nr. 2</i>	Die KOM wird im Rahmen des detaillierten Vorschlags zur künftigen mehrjährigen Finanzplanung (nach 2020) neue Vorschläge zu den Eigenmitteln vorlegen. Dieser Vorschlag wird daher durch neue Vorschläge ersetzt und somit hinfällig.
15.	Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Kreditinstituten in der Union Rücknahme des Vorschlags für eine VO des EP und des Rates über strukturelle Maßnahmen. <i>COM(2014) 43; 2014/0020 (COD)</i> <i>KOM-Arbeitsprogramm, Anhang IV, Nr. 3</i>	Keine Einigung in Sicht. In dieser Frage sind seit 2015 keine Fortschritte zu verzeichnen. Zudem wurden in Bezug auf die Finanzstabilität, das Hauptanliegen dieses Vorschlags, im Bankensektor inzwischen andere Regulierungsmaßnahmen getroffen; insb. sind die Aufsichts- und Abwicklungsmechanismen für die Bankenunion in Kraft getreten.
16.	Aktiver Veredelungsverkehr Aufhebung der RL 79/802/EWG der KOM vom 6. September 1979 über zum aktiven Veredelungsverkehr abgefertigte Waren, für die im Falle einer Einfuhr zum freien Verkehr eine Abgabenbegünstigung wegen ihrer besonderen Verwendung gewährt würde. <i>KOM-Arbeitsprogramm, Anhang V, Nr. 2</i>	Diese RL ist nicht mehr nötig, da Waren im Verfahren der Endverwendung in den Anwendungsbereich des Gemeinsamen Zolltarifs (Anhang I der VO Nr. 2658/87) fallen und sowohl das Verfahren der aktiven Veredelung als auch das Verfahren der Endverwendung nunmehr vom Zollkodex der Union (UZK) erfasst werden.